



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit*

---

**2010/0377(COD)**

28.6.2011

# **ÄNDERUNGSANTRÄGE 49 - 200**

**Entwurf eines Berichts**

**János Áder**

(PE464.978v01-00)

zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen

Vorschlag für eine Richtlinie

(KOM(2010)0781 – C7-0011/2011 – 2010/0377(COD))

AM\871522DE.doc

PE467.297v01-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**



**Änderungsantrag 49**  
**Anna Rosbach**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Schwere Industrieunfälle haben **oft** schwerwiegende Folgen, wie u. a. durch die Unfälle in Seveso, Bhopal, Schweizerhalle, Enschede, Toulouse und Buncefield belegt. Außerdem können die Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus reichen. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, dass geeignete vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um ein hohes Schutzniveau für Bürger, Gemeinden und Umwelt in der gesamten Union zu gewährleisten.

*Geänderter Text*

(2) Schwere Industrieunfälle haben schwerwiegende Folgen, wie u. a. durch die Unfälle in Seveso, Bhopal, Schweizerhalle, Enschede, Toulouse und Buncefield belegt. Außerdem können die Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus reichen. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, dass geeignete vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um ein hohes Schutzniveau für Bürger, Gemeinden und Umwelt in der gesamten Union zu gewährleisten.

Or. da

**Änderungsantrag 50**  
**Juozas Imbrasas**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Schwere Industrieunfälle haben oft schwerwiegende Folgen, wie u. a. durch die Unfälle in Seveso, Bhopal, Schweizerhalle, Enschede, Toulouse und Buncefield belegt. Außerdem können die Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus reichen. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, dass geeignete vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um ein hohes Schutzniveau für Bürger, Gemeinden und Umwelt in der gesamten Union zu gewährleisten.

*Geänderter Text*

(2) Schwere Industrieunfälle haben oft schwerwiegende Folgen, wie u. a. durch die Unfälle in Seveso, Bhopal, Schweizerhalle, Enschede, Toulouse und Buncefield belegt. Außerdem können die Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus reichen. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, dass geeignete vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um ein hohes Schutzniveau für Bürger, Gemeinden und Umwelt in der gesamten Union zu gewährleisten. **Das bestehende hohe Schutzniveau muss**

*daher weiterhin beibehalten und wenn möglich noch verbessert werden.*

Or. It

**Änderungsantrag 51**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Richtlinie 96/82/EG hat maßgeblich dazu beigetragen, Wahrscheinlichkeit und Folgen solcher Unfälle zu verringern, was wiederum das Schutzniveau in der gesamten Union angehoben hat. Eine Überprüfung der Richtlinie hat bestätigt, dass die bestehenden Bestimmungen im großen und ganzen für den Zweck angemessen **und keine größeren** Änderungen erforderlich **sind**. **Jedoch** sollte das durch die Richtlinie 96/82/EG festgelegte System an Änderungen am EU-System zur Einstufung gefährlicher Stoffe angepasst werden, auf das sich die Richtlinie bezieht. Darüber hinaus sollte eine Reihe anderer Bestimmungen präzisiert und aktualisiert werden.

*Geänderter Text*

(3) Die Richtlinie 96/82/EG hat maßgeblich dazu beigetragen, Wahrscheinlichkeit und Folgen solcher Unfälle zu verringern, was wiederum das Schutzniveau in der gesamten Union angehoben hat. Eine Überprüfung der Richtlinie hat bestätigt, dass die **Häufigkeit schwerer Unfälle gleich geblieben ist**. Die bestehenden Bestimmungen **sind zwar** im großen und ganzen für den Zweck angemessen, **doch sind mehrere** Änderungen erforderlich, **um das Schutzniveau weiter zu erhöhen, insbesondere was die Verhütung schwerer Unfälle betrifft**. **Gleichzeitig** sollte das durch die Richtlinie 96/82/EG festgelegte System an Änderungen am EU-System zur Einstufung gefährlicher Stoffe angepasst werden, auf das sich die Richtlinie bezieht. Darüber hinaus sollte eine Reihe anderer Bestimmungen präzisiert und aktualisiert werden.

Or. en

*Begründung*

*Die Anzahl schwerer Unfälle ist über die vergangenen Jahre hinweg gleich geblieben. 30 schwere Unfälle pro Jahr sind zu viel. Daher ist es wichtig, die Gelegenheit zur Überarbeitung zu nutzen, die das neue Einstufungssystem bietet, um wichtige Bestimmungen der Richtlinie zu verschärfen.*

## Änderungsantrag 52

Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 4

##### *Vorschlag der Kommission*

(4) Es ist daher angebracht, die Richtlinie 96/82/EG zu ersetzen, um sicherzustellen, dass das bestehende Schutzniveau erhalten bleibt und weiter verbessert wird, indem die Bestimmungen wirksamer und effizienter gemacht werden und wo möglich unnötiger Verwaltungsaufwand durch Straffung oder Vereinfachung *ohne Abstriche bei der Sicherheit* reduziert wird. Gleichzeitig sollten die neuen Bestimmungen klar, einheitlich und leicht verständlich sein, um die Umsetzung und Durchsetzbarkeit zu verbessern.

##### *Geänderter Text*

(4) Es ist daher angebracht, die Richtlinie 96/82/EG zu ersetzen, um sicherzustellen, dass das bestehende Schutzniveau erhalten bleibt und weiter verbessert wird, indem die Bestimmungen wirksamer und effizienter gemacht werden und wo möglich unnötiger Verwaltungsaufwand durch Straffung oder Vereinfachung reduziert wird, *sofern bei der Sicherheit, beim Umweltschutz und beim Schutz der öffentlichen Gesundheit keine Abstriche gemacht werden*. Gleichzeitig sollten die neuen Bestimmungen klar, einheitlich und leicht verständlich sein, um die Umsetzung und Durchsetzbarkeit zu verbessern.

Or. en

##### *Begründung*

*Es muss sichergestellt sein, dass nicht nur beim Schutzniveau, sondern auch beim Umfang des Umweltschutzes und des Schutzes der öffentlichen Gesundheit keine Abstriche gemacht werden.*

## Änderungsantrag 53

Juozas Imbrasas

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 4

##### *Vorschlag der Kommission*

(4) Es ist daher angebracht, die Richtlinie 96/82/EG zu ersetzen, um sicherzustellen, dass das bestehende Schutzniveau erhalten bleibt und weiter verbessert wird, indem die Bestimmungen wirksamer und effizienter gemacht werden und wo möglich unnötiger Verwaltungsaufwand

##### *Geänderter Text*

(4) Es ist daher angebracht, die Richtlinie 96/82/EG zu ersetzen, um sicherzustellen, dass das bestehende Schutzniveau erhalten bleibt und weiter verbessert wird, indem die Bestimmungen wirksamer und effizienter gemacht werden und wo möglich unnötiger Verwaltungsaufwand

durch Straffung oder Vereinfachung ohne Abstriche bei der Sicherheit reduziert wird. Gleichzeitig sollten die neuen Bestimmungen klar, einheitlich und leicht verständlich sein, um die Umsetzung und Durchsetzbarkeit zu verbessern.

durch Straffung oder Vereinfachung ohne Abstriche bei der Sicherheit reduziert wird. Gleichzeitig sollten die neuen Bestimmungen klar, einheitlich und leicht verständlich sein, um die Umsetzung und Durchsetzbarkeit zu verbessern, **während das Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt zumindest gleich bleibt oder steigt.**

Or. It

#### **Änderungsantrag 54** **Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 8**

##### *Vorschlag der Kommission*

(8) Bestimmte industrielle Tätigkeiten sollten **wegen ihrer spezifischen Merkmale** aus dem Anwendungsbereich dieser Richtlinie ausgeschlossen werden. **Diese Tätigkeiten unterliegen** anderen Rechtsvorschriften auf EU- oder nationaler Ebene, die ein gleichwertiges Maß an Sicherheit bieten. Die Kommission sollte jedoch weiterhin sicherstellen, dass es keine bedeutenden Lücken im bestehenden Rechtsrahmen, insbesondere im Hinblick auf neue und sich abzeichnende Risiken aus anderen Tätigkeiten gibt, und wo nötig entsprechende Maßnahmen ergreifen.

##### *Geänderter Text*

(8) Bestimmte industrielle Tätigkeiten sollten aus dem Anwendungsbereich dieser Richtlinie ausgeschlossen werden, **sofern sie** anderen Rechtsvorschriften auf EU- oder nationaler Ebene **unterliegen**, die ein gleichwertiges Maß an Sicherheit bieten. Die Kommission sollte jedoch weiterhin sicherstellen, dass es keine bedeutenden Lücken im bestehenden Rechtsrahmen, insbesondere im Hinblick auf neue und sich abzeichnende Risiken aus anderen Tätigkeiten **sowie aus noch nicht in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallenden gefährlichen Stoffen** gibt, und wo nötig entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Or. en

##### *Begründung*

*Lücken im Anwendungsbereich beziehen sich unter Umständen nicht nur auf ausgeschlossene industrielle Tätigkeiten, sondern möglicherweise auch auf Stoffe, auf die sich der Anwendungsbereich noch nicht erstreckt. Die Kommission sollte beide Aspekte überprüfen.*

**Änderungsantrag 55**  
**Patrice Tirolien, Gilles Pargneaux**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(8a) Aufgrund ihrer Insellage und geringen Größe, d.h. ihrer spezifischen und strukturellen Nachteile, wie sie in Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannt sind, verfügen die Gebiete in äußerster Randlage nur über begrenzte Möglichkeiten der Erzeugung und der Einfuhr von elektrischem Strom, was sich auf ihre Versorgungssicherheit auswirkt. Daher ist es angebracht, darauf zu achten, dass sich die Bestimmungen der vorliegenden Richtlinie nicht auf die Stromversorgung dieser Inseln auswirken und sie entsprechend angepasst werden.***

Or. fr

**Änderungsantrag 56**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 9**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(9) Anhang I der Richtlinie 96/82/EG enthält ein Verzeichnis gefährlicher Stoffe, die in ihren Anwendungsbereich fallen, u. a. unter Bezugnahme auf bestimmte Vorschriften der Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und der Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai

(9) Anhang I der Richtlinie 96/82/EG enthält ein Verzeichnis gefährlicher Stoffe, die in ihren Anwendungsbereich fallen, u. a. unter Bezugnahme auf bestimmte Vorschriften der Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und der Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai

1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen. Diese Richtlinien wurden ersetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, die das auf internationaler Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen angenommene Global Harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) innerhalb der Union umsetzt. Diese Verordnung führt neue Gefahrenklassen und -kategorien ein, die nur teilweise denen der alten Regelungen entsprechen. Anhang I der Richtlinie 96/82/EG muss daher geändert und an die genannte Verordnung angepasst werden, **während gleichzeitig** das bestehende Schutzniveau der genannten Richtlinie beibehalten wird.

1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen. Diese Richtlinien wurden ersetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, die das auf internationaler Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen angenommene Global Harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) innerhalb der Union umsetzt. Diese Verordnung führt neue Gefahrenklassen und -kategorien ein, die nur teilweise denen der alten Regelungen entsprechen. **Gleichzeitig fehlen in ihr bestimmte, wichtige Gefahrenklassen, weil sie nicht Teil des Global Harmonisierten Systems zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien sind.** Anhang I der Richtlinie 96/82/EG muss daher geändert und an die genannte Verordnung angepasst **und die Lücken in der genannten Verordnung müssen geschlossen werden, damit** das bestehende Schutzniveau der genannten Richtlinie beibehalten **und erhöht** wird.

Or. en

#### *Begründung*

*Persistente, bioakkumulierbare und toxische Stoffe sowie Stoffe, die sehr persistent und sehr bioakkumulierbar sind, scheinen in der CLP-Verordnung nicht auf, können bei einem Unfall jedoch zu langwierigen Problemen führen und sollten somit in den Anwendungsbereich der vorliegenden Richtlinie aufgenommen werden.*

**Änderungsantrag 57**  
**Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 9**



*Vorschlag der Kommission*

(9) Anhang I der Richtlinie 96/82/EG enthält ein Verzeichnis gefährlicher Stoffe, die in ihren Anwendungsbereich fallen, u. a. unter Bezugnahme auf bestimmte Vorschriften der Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und der Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen. Diese Richtlinien wurden ersetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, die das auf internationaler Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen angenommene Global Harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) innerhalb der Union umsetzt. Diese Verordnung führt neue Gefahrenklassen und -kategorien ein, die nur teilweise denen der alten Regelungen entsprechen. Anhang I der Richtlinie 96/82/EG muss daher geändert und an die genannte Verordnung angepasst werden, während gleichzeitig das bestehende Schutzniveau der genannten Richtlinie beibehalten wird.

*Geänderter Text*

(9) Anhang I der Richtlinie 96/82/EG enthält ein Verzeichnis gefährlicher Stoffe, die in ihren Anwendungsbereich fallen, u. a. unter Bezugnahme auf bestimmte Vorschriften der Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und der Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen. Diese Richtlinien wurden ersetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, die das auf internationaler Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen angenommene Global Harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) innerhalb der Union umsetzt. Diese Verordnung führt neue Gefahrenklassen und -kategorien ein, die nur teilweise denen der alten Regelungen entsprechen. ***Bestimmte Gefahrenkategorien würden nach diesem System jedoch nicht klassifiziert, weil die entsprechenden Kriterien in diesem Rahmen fehlen.*** Anhang I der Richtlinie 96/82/EG muss daher geändert und an die genannte Verordnung angepasst werden, während gleichzeitig das bestehende Schutzniveau der genannten Richtlinie beibehalten ***oder erhöht*** wird.

Or. en

**Änderungsantrag 58**  
**Richard Seeber**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 10**

*Vorschlag der Kommission*

(10) Flexibilität ist erforderlich, damit Anhang I geändert werden kann, um unerwünschten Effekten der Anpassung an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und späterer Anpassungen dieser Verordnung, die Auswirkungen auf die Einstufung von gefährlichen Stoffen haben, zu begegnen. Auf der Grundlage noch zu entwickelnder harmonisierter Kriterien könnten Ausnahmeregelungen gewährt werden, wenn von Stoffen trotz ihrer Gefahrenstufe keine Gefahr schwerer Unfälle ausgeht. Es sollte auch einen entsprechenden Ausgleichsmechanismus für Stoffe geben, die wegen ihres hohen Gefahrenpotenzials für schwere Unfälle in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie einbezogen werden müssen.

*Geänderter Text*

(10) Flexibilität ist erforderlich, damit Anhang I geändert werden kann, um unerwünschten Effekten der Anpassung an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und späterer Anpassungen dieser Verordnung, die Auswirkungen auf die Einstufung von gefährlichen Stoffen haben, zu begegnen. Auf der Grundlage noch zu entwickelnder harmonisierter Kriterien könnten Ausnahmeregelungen gewährt werden, wenn von Stoffen trotz ihrer Gefahrenstufe keine Gefahr schwerer Unfälle ausgeht. ***Die Bewertung möglicher Ausnahmeregelungen sollte rasch in Angriff genommen werden, vor allem nach der Änderung der Klassifizierung eines gefährlichen Stoffes, um unnötige Belastungen für Betreiber und zuständige Behörden zu vermeiden.*** Es sollte auch einen entsprechenden Ausgleichsmechanismus für Stoffe geben, die wegen ihres hohen Gefahrenpotenzials für schwere Unfälle in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie einbezogen werden müssen.

Or. en

*Begründung*

*Der Mechanismus von Artikel 4 ist positiv. Wenn allerdings die Klassifizierung eines gefährlichen Stoffes geändert wird, sollte die Bewertung dieser Ausnahmeregelung in Bezug auf den Anwendungsbereich der Richtlinie rasch beginnen. So wird unnötiger Regulierungs- und Verwaltungsaufwand vermieden.*

**Änderungsantrag 59**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 10**

*Vorschlag der Kommission*

(10) Flexibilität ist erforderlich, damit Anhang I geändert werden kann, um unerwünschten Effekten der Anpassung an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und späterer Anpassungen dieser Verordnung, die Auswirkungen auf die Einstufung von gefährlichen Stoffen haben, zu begegnen. Auf der Grundlage **noch zu entwickelnder** harmonisierter Kriterien könnten Ausnahmeregelungen gewährt werden, wenn von Stoffen trotz ihrer Gefahrenstufe keine Gefahr schwerer Unfälle ausgeht. Es sollte auch einen entsprechenden Ausgleichsmechanismus für Stoffe geben, die wegen ihres hohen Gefahrenpotenzials für schwere Unfälle in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie einbezogen werden müssen.

*Geänderter Text*

(10) Flexibilität ist erforderlich, damit Anhang I geändert werden kann, um unerwünschten Effekten der Anpassung an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und späterer Anpassungen dieser Verordnung, die Auswirkungen auf die Einstufung von gefährlichen Stoffen haben, zu begegnen. Auf der Grundlage harmonisierter Kriterien könnten Ausnahmeregelungen gewährt werden, wenn von Stoffen trotz ihrer Gefahrenstufe keine Gefahr schwerer Unfälle ausgeht. Es sollte auch einen entsprechenden Ausgleichsmechanismus für Stoffe geben, die wegen ihres hohen Gefahrenpotenzials für schwere Unfälle in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie einbezogen werden müssen.

Or. en

*(Änderung der Erwägung entsprechend den Änderungsanträgen 10 und 48 des Berichterstatters)*

*Begründung*

*Die Kriterien für Ausnahmeregelungen sollten vom Gesetzgeber verabschiedet werden. Derartige Kriterien werden in Änderungsantrag 48 des Berichterstatters vorgeschlagen. Eine Bezugnahme auf ihre künftige Entwicklung ist somit obsolet.*

**Änderungsantrag 60**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 15**

*Vorschlag der Kommission*

(15) Damit Wohngebiete, öffentlich genutzte Gebiete und die Umwelt, einschließlich unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoller bzw.

*Geänderter Text*

(15) Damit Wohngebiete, öffentlich genutzte Gebiete und die Umwelt, einschließlich unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoller bzw.

besonders empfindlicher Gebiete, besser vor den Gefahren schwerer Unfälle geschützt werden können, müssen die Mitgliedstaaten in ihren Politiken zur Flächennutzungsplanung oder anderen einschlägigen Politiken **berücksichtigen**, dass **langfristig** zwischen diesen Gebieten und gefährlichen Industrieansiedlungen ein angemessener Abstand gewahrt **bleiben muss** und dass bei bestehenden Betrieben ergänzende technische Maßnahmen **vorzusehen sind**, damit **es zu keiner stärkeren** Gefährdung von Personen **kommt**. Ausreichende Informationen über die Risiken und fachliche Beratung über diese Risiken sind bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollten die Verfahren soweit wie möglich mit denen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union abgestimmt werden.

besonders empfindlicher Gebiete, besser vor den Gefahren schwerer Unfälle geschützt werden können, müssen die Mitgliedstaaten in ihren Politiken zur Flächennutzungsplanung oder anderen einschlägigen Politiken **dafür sorgen**, dass zwischen diesen Gebieten und gefährlichen Industrieansiedlungen ein angemessener Abstand gewahrt **bleibt** und dass bei bestehenden Betrieben ergänzende technische Maßnahmen **durchgeführt werden**, damit **die** Gefährdung von Personen **auf ein annehmbares Niveau gesenkt wird**. Ausreichende Informationen über die Risiken und fachliche Beratung über diese Risiken sind bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollten die Verfahren soweit wie möglich mit denen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union abgestimmt werden.

Or. en

#### *Begründung*

*Die Flächennutzungsplanung sowie technische Maßnahmen für bestehende Einrichtungen müssen uneingeschränkt durchgeführt werden, um das Risiko auf ein annehmbares Niveau zu senken.*

#### **Änderungsantrag 61** **Åsa Westlund**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 15**

##### *Vorschlag der Kommission*

(15) Damit Wohngebiete, öffentlich genutzte Gebiete und die Umwelt, einschließlich unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoller bzw. besonders empfindlicher Gebiete, besser vor den Gefahren schwerer Unfälle geschützt werden können, müssen die

##### *Geänderter Text*

(15) Damit Wohngebiete, öffentlich genutzte Gebiete und die Umwelt, einschließlich unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoller bzw. besonders empfindlicher Gebiete, besser vor den Gefahren schwerer Unfälle geschützt werden können, müssen die

Mitgliedstaaten in ihren Politiken zur Flächennutzungsplanung oder anderen einschlägigen Politiken berücksichtigen, dass langfristig zwischen diesen Gebieten und gefährlichen Industrieansiedlungen ein angemessener Abstand gewahrt bleiben muss und dass bei bestehenden Betrieben ergänzende technische Maßnahmen vorzusehen sind, damit es zu keiner stärkeren Gefährdung von Personen kommt. Ausreichende Informationen über die Risiken und fachliche Beratung über diese Risiken sind bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollten die Verfahren soweit wie möglich mit denen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union abgestimmt werden.

Mitgliedstaaten in ihren Politiken zur Flächennutzungsplanung oder anderen einschlägigen Politiken berücksichtigen, dass langfristig zwischen diesen Gebieten und gefährlichen Industrieansiedlungen ein angemessener Abstand gewahrt bleiben muss und dass bei bestehenden Betrieben ergänzende technische Maßnahmen vorzusehen sind, damit es zu keiner stärkeren Gefährdung von Personen **oder der Umwelt** kommt. Ausreichende Informationen über die Risiken und fachliche Beratung über diese Risiken sind bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollten die Verfahren soweit wie möglich mit denen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union abgestimmt werden.

Or. en

## **Änderungsantrag 62**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 16**

#### *Vorschlag der Kommission*

(16) Zur Förderung des Zugangs zu Umweltinformationen im Einklang mit dem Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das durch den Beschluss 2005/370/EG des Rates vom 17. Februar 2005 über den Abschluss des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten im Namen der Europäischen Gemeinschaft

#### *Geänderter Text*

(16) Zur Förderung des Zugangs zu Umweltinformationen im Einklang mit dem Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das durch den Beschluss 2005/370/EG des Rates vom 17. Februar 2005 über den Abschluss des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten im Namen der Europäischen Gemeinschaft

genehmigt wurde, sollte der Umfang und die Qualität der Informationen für die Öffentlichkeit verbessert werden. Insbesondere sollten Personen, die bei einem schweren Unfall wahrscheinlich betroffen wären, ausreichende Informationen erhalten, damit sie über die richtigen, im Fall eines Unfalls zu ergreifenden Maßnahmen informiert sind. Neben der aktiven Bereitstellung von Informationen, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss, sollten die Informationen, auch ohne dass dadurch andere Formen der Verbreitung ausgeschlossen sind, dauerhaft und auf dem neuesten Stand im Internet zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte es angemessene Sicherungsmaßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit geben, u. a. um sicherheitsrelevante Bedenken auszuräumen.

genehmigt wurde, sollte der Umfang und die Qualität der Informationen für die Öffentlichkeit verbessert werden. Insbesondere sollten Personen, die bei einem schweren Unfall wahrscheinlich betroffen wären, ausreichende Informationen erhalten, damit sie über die richtigen, im Fall eines Unfalls zu ergreifenden Maßnahmen informiert sind. Neben der aktiven Bereitstellung von Informationen, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss, sollten die Informationen, auch ohne dass dadurch andere Formen der Verbreitung ausgeschlossen sind, dauerhaft und auf dem neuesten Stand im Internet zur Verfügung stehen. ***Im Sinne größerer Transparenz sollten auf Ersuchen ausführlichere und umfassendere Informationen, auch in Form von Dokumenten, zur Verfügung gestellt werden.*** Gleichzeitig sollte es angemessene Sicherungsmaßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit geben, u. a. um sicherheitsrelevante Bedenken auszuräumen, ***die im Einzelfall gemäß den im Übereinkommen von Aarhus festgelegten restriktiven Kriterien und Bedingungen gelten.***

Or. en

#### *Begründung*

*Zwar sollen die Sicherungsmaßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit geachtet werden, doch würde ein Zugang zu zusätzlichen Informationen oder Dokumenten auf Ersuchen einer natürlichen oder juristischen Person die Transparenz erhöhen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sicherheit von Industrieanlagen stärken. Der Umgang mit Anträgen auf Vertraulichkeit sollte durch das Übereinkommen von Aarhus geregelt werden, um zu gewährleisten, dass die geänderte Richtlinie uneingeschränkt im Einklang mit dem Übereinkommen steht, das von der EU und allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde.*

**Änderungsantrag 63**  
**Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 16**

*Vorschlag der Kommission*

(16) Zur Förderung des Zugangs zu Umweltinformationen im Einklang mit dem Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das durch den Beschluss 2005/370/EG des Rates vom 17. Februar 2005 über den Abschluss des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten im Namen der Europäischen Gemeinschaft genehmigt wurde, sollte der Umfang und die Qualität der Informationen für die Öffentlichkeit verbessert werden. Insbesondere sollten Personen, die bei einem schweren Unfall wahrscheinlich betroffen wären, ausreichende Informationen erhalten, damit sie über die richtigen, im Fall eines Unfalls zu ergreifenden Maßnahmen informiert sind. Neben der aktiven Bereitstellung von Informationen, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss, sollten die Informationen, auch ohne dass dadurch andere Formen der Verbreitung ausgeschlossen sind, dauerhaft und auf dem neuesten Stand im Internet zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte es angemessene Sicherungsmaßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit geben, **u. a. um sicherheitsrelevante Bedenken auszuräumen.**

*Geänderter Text*

(16) Zur Förderung des Zugangs zu Umweltinformationen im Einklang mit dem Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das durch den Beschluss 2005/370/EG des Rates vom 17. Februar 2005 über den Abschluss des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten im Namen der Europäischen Gemeinschaft genehmigt wurde, sollte der Umfang und die Qualität der Informationen für die Öffentlichkeit verbessert werden. Insbesondere sollten Personen, die bei einem schweren Unfall wahrscheinlich betroffen wären, ausreichende Informationen erhalten, damit sie über die richtigen, im Fall eines Unfalls zu ergreifenden Maßnahmen informiert sind. Neben der aktiven Bereitstellung von Informationen, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss, sollten die Informationen, auch ohne dass dadurch andere Formen der Verbreitung ausgeschlossen sind, dauerhaft und auf dem neuesten Stand im Internet zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte es **auf Einzelfallbasis und im Einklang mit den im Übereinkommen von Aarhus festgelegten Kriterien und Bedingungen** angemessene Sicherungsmaßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit geben.

Or. en

**Änderungsantrag 64**  
**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 18**

*Vorschlag der Kommission*

(18) Nach dem Übereinkommen von Aarhus ist eine effektive **Beteiligung** der Öffentlichkeit **an** der **Entscheidungsfindung** nötig, damit die Öffentlichkeit Meinungen und Bedenken äußern kann, die für die Entscheidung möglicherweise von Belang sind, und andererseits die Entscheidungsträger diese Meinungen und Bedenken berücksichtigen können, so dass der Entscheidungsprozess nachvollziehbarer und transparenter wird, und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für Umweltbelange sowie die Unterstützung für die getroffenen Entscheidungen wächst. Als Beitrag zum Schutz des Rechts, in einer für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Einzelnen angemessenen Umwelt zu leben, sollte die betroffene Öffentlichkeit Zugang zu Rechtsmitteln haben.

*Geänderter Text*

(18) Nach dem Übereinkommen von Aarhus ist eine effektive **Konsultierung** der **interessierten** Öffentlichkeit **hinsichtlich** der Entscheidungsfindung nötig, damit die Öffentlichkeit Meinungen und Bedenken äußern kann, die für die Entscheidung möglicherweise von Belang sind, und andererseits die Entscheidungsträger diese Meinungen und Bedenken berücksichtigen können, so dass der Entscheidungsprozess nachvollziehbarer und transparenter wird, und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für Umweltbelange sowie die Unterstützung für die getroffenen Entscheidungen wächst. **Solch eine Konsultierung darf keinesfalls zu einer zeitlichen Verzögerung oder unangemessenen Komplikationen des Entscheidungsprozesses und der damit zusammenhängenden Umsetzungsmaßnahmen führen.** Als Beitrag zum Schutz des Rechts, in einer für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Einzelnen angemessenen Umwelt zu leben, sollte die betroffene Öffentlichkeit Zugang zu Rechtsmitteln haben.

Or. it

**Änderungsantrag 65**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 20 a (neu)**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(20a) Um Anreize für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen zu schaffen und die Kosten zu decken, die zuständigen Behörden aus der Umsetzung dieser Richtlinie erwachsen, sollten die Mitgliedstaaten einen Fonds einrichten. Der Fonds sollte von den Betreibern finanziert werden und im Verhältnis zu den Mengen an gefährlichen Stoffen stehen, die in der Anlage vorhanden sind.***

Or. en

*Begründung*

*Es wird ein Fonds vorgeschlagen, um a) die Betreiber zu veranlassen, in Maßnahmen zu investieren, die auf die Verhütung von schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen abzielen, und b) die Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung der vorliegenden Richtlinie durch die zuständigen Behörden zu decken.*

### **Änderungsantrag 66**

**Gaston Franco, Amalia Sartori, Françoise Grossetête, Sophie Auconie, Julie Girling**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 22 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(22a) Nach der Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 an den technischen Fortschritt ist eine systematische Bewertung der Notwendigkeit einer Anpassung der Anlage mit der Liste gefährlicher Stoffe vonnöten. Dies würde eine funktionelle Verbindung zwischen der genannten Verordnung und der vorliegenden Richtlinie sicherstellen und überdies für ein höheres Maß an Gesundheits- und Umweltschutz sorgen,***

Or. fr

**Änderungsantrag 67**  
**Cristian Silviu Buşoi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 22 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(22a) Nach der Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 an den technischen Fortschritt ist eine systematische Bewertung der Notwendigkeit einer Anpassung der Anlage mit der Liste gefährlicher Stoffe vonnöten. Dies würde ein funktionelle Verbindung zwischen der genannten Verordnung und der vorliegenden Richtlinie sicherstellen und überdies für ein höheres Maß an Gesundheits- und Umweltschutz sorgen,**

Or. fr

*Begründung*

*Die Anpassung des Anwendungsbereichs der Seveso-Richtlinie an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 (CLP-Verordnung) muss angesichts des Wesens dieser Verordnung zu einem fortlaufenden Prozess werden.*

**Änderungsantrag 68**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 23**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(23) Die Kommission sollte ermächtigt werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags delegierte Rechtsakte zur Annahme von Kriterien für Ausnahmeregelungen und zur Änderung der Anhänge dieser Richtlinie zu erlassen.**

**(23) Um diese Richtlinie an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen, sollte die Befugnis, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte zu erlassen, in Bezug auf Änderungen von Anhang I Teil 3 sowie der Anhänge II, III, IV und VI**

*dieser Richtlinie der Kommission übertragen werden. Es ist besonders wichtig, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorarbeit angemessene Konsultationen, auch auf Expertenebene, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.*

Or. en

#### *Begründung*

*In Anhang V sind die Einzelheiten dargelegt, die der Öffentlichkeit mitzuteilen sind. Dabei handelt es sich um eine wesentliche Bestimmung, die vom Gesetzgeber festgelegt werden sollte, d.h. es sollte nicht möglich sein, sie durch einen delegierten Rechtsakt zu ändern.*

#### **Änderungsantrag 69** **Sabine Wils**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager;**                      **entfällt**

Or. en

#### *Begründung*

*Gemäß der Risikobewertung besteht kein Grund, militärische Einrichtungen auszuschließen, solange die Vertraulichkeit betreffend Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit den einzelnen Mitgliedstaaten gewahrt wird. Die Verteidigungspolitik und die Beschränkung der Informationen für die Öffentlichkeit könnten einbezogen und den Bestimmungen von Artikel 21 unterworfen werden.*

#### **Änderungsantrag 70** **Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager;

*Geänderter Text*

a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager, ***es sei denn, diese befinden sich im Besitz der zuständigen militärischen Behörden der Mitgliedstaaten und werden von ihnen direkt verwaltet;***

Or. en

*Begründung*

*Nur militärische Einrichtungen, die nicht der unmittelbaren Aufsicht des betreffenden Mitgliedstaates, etwa im Rahmen internationaler Abkommen und Verpflichtungen, unterstehen, könnten von den Bestimmungen dieser Richtlinie ausgenommen werden.*

**Änderungsantrag 71**  
**Anna Rosbach**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager;

*Geänderter Text*

a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager, ***die ausschließlich für militärische Zwecke genutzt werden;***

Or. da

**Änderungsantrag 72**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe ***und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung*** auf der Straße, der

*Geänderter Text*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder

Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, ***einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenbecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;***

Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;

Or. en

#### *Begründung*

*Die meisten Unfälle haben sich ereignet, wenn gefährliche Stoffe von zeitlich begrenzten Zwischenlagern auf Verkehrsträger geladen oder von diesen abgeladen werden, da die Sicherheitsvorschriften bei der Vorbereitung für bzw. beim Beenden der spezifischen Aufgaben im Zusammenhang mit ihrer Beförderung nicht ausreichend sind.*

#### **Änderungsantrag 73 Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe c**

##### *Vorschlag der Kommission*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenbecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;

##### *Geänderter Text*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung, ***es sei denn, dies erfolgt regelmäßig oder während Zeiträumen, die 24 Stunden an Arbeitstagen oder 72 Stunden, wenn dabei auch ein Wochenende ist, übersteigen,*** auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenbecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;

Or. en

## *Begründung*

*Orte für eine „zeitlich begrenzte Zwischenlagerung“ können dieselben Risiken in sich bergen wie ständige Lager, wenn die Lagerung regelmäßig oder über längere Zeiträume erfolgt. Diesen Gefahren wird mit den Rechtsvorschriften im Bereich der Beförderung nicht angemessen begegnet. Wenn gefährliche Stoffe regelmäßig oder für längere Zeiträume in einem Gebiet gelagert werden, sollten derartige Lagereinrichtungen nicht von dieser Richtlinie ausgenommen werden, da andernfalls eine bedeutende Gesetzeslücke entstehen würde.*

### **Änderungsantrag 74** **Åsa Westlund**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe c**

##### *Vorschlag der Kommission*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;

##### *Geänderter Text*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung **während nicht mehr als 48 Stunden** auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;

Or. en

### **Änderungsantrag 75** **Anna Rosbach**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe c**

##### *Vorschlag der Kommission*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder

##### *Geänderter Text*

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder

Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;

Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen. ***Gelände, die für eine solche Zwischenlagerung genutzt werden, sind nicht vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie ausgenommen, wenn die Lagerung gefährlicher Stoffe dort regelmäßig oder über längere zusammenhängende Zeiträume erfolgt;***

Or. da

**Änderungsantrag 76**  
**Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 77**  
**Anna Rosbach**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;***

***entfällt***

**Änderungsantrag 78**  
**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;

*Geänderter Text*

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, **wenn der jährliche Durchsatz an gefährlichen Stoffen unter den in Anhang I Teile 1 und 2 aufgeführten Mengen liegt**;

Or. en

*Begründung*

*Um ein harmonisiertes Niveau an Sicherheit, Umweltschutz und Schutz der öffentlichen Gesundheit zu erzielen, sollten Anlagen mit demselben Gefahrenpotenzial gleich behandelt werden. Dies gilt insbesondere für Rohrleitungen, die in Anhang I aufgeführte gefährliche Stoffe befördern, für die die Anforderungen von Seveso III gelten.*

**Änderungsantrag 79**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;

*Geänderter Text*

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, **wenn der jährliche Durchsatz an gefährlichen Stoffen unter den in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführten Mengen liegt**;

Or. en



### *Begründung*

*In der Vergangenheit hat es eine Reihe schwerer Unfälle mit Rohrleitungen gegeben. Wenn Rohrleitungen nicht in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie einbezogen werden, gibt es keine Rechtsvorschriften, die solche Arten von Unfällen verhindern. Wie aus einer Antwort des früheren Kommissionsmitglieds Piebalgs auf eine parlamentarische Anfrage aus dem Jahr 2005 hervorgeht, haben sowohl der Rat als auch das Parlament die Ansicht geäußert, dass Rohrleitungen in den Anwendungsbereich von Rechtsvorschriften der Gemeinschaft zu Gefahren bei schweren Unfällen aufgenommen werden sollten.*

#### **Änderungsantrag 80** **Sabine Wils**

##### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe d**

###### *Vorschlag der Kommission*

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;

###### *Geänderter Text*

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen **von mindestens 800mm Durchmesser**, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;

Or. en

### *Begründung*

*Schwere und belastende Unfälle, die sich im Zusammenhang mit Rohrleitungen ereignet haben, rechtfertigen ihre Einbeziehung in die vorgeschlagene Seveso-III-Richtlinie, beginnend mit jenen, deren Rohrdurchmesser dem Referenzwert von Anhang I der Richtlinie 97/11 in Bezug auf die Verpflichtung entspricht, eine Rohrleitung einzubeziehen, um einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu entsprechen.*

#### **Änderungsantrag 81** **Corinne Lepage**

##### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe e**

###### *Vorschlag der Kommission*

e) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) von Mineralien im Bergbau, in Steinbrüchen oder durch Bohrung,

###### *Geänderter Text*

e) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) von Mineralien im Bergbau, in Steinbrüchen oder durch Bohrung,

ausgenommen unterirdische Gasspeicheranlagen in natürlichen Erdformationen und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen und **die mit diesen Maßnahmen in Verbindung stehende** Lagerung, die gefährliche Stoffe gemäß Anhang I beinhalten;

ausgenommen unterirdische Gasspeicheranlagen in natürlichen Erdformationen und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen und Lagerung, **einschließlich der hydraulischen Frakturierung**, die gefährliche Stoffe gemäß Anhang I beinhalten, **ungeachtet dessen, ob die Grenzwerte überschritten wurden**;

Or. en

#### *Begründung*

*Die hydraulische Frakturierung ist eine mit hohem Risiko verbundene Extraktionsmethode, die eigens genannt werden muss.*

#### **Änderungsantrag 82 Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe e**

##### *Vorschlag der Kommission*

e) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) von Mineralien im Bergbau, in Steinbrüchen oder durch Bohrung, ausgenommen unterirdische Gasspeicheranlagen in natürlichen Erdformationen und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen und die mit diesen Maßnahmen in Verbindung stehende Lagerung, die gefährliche Stoffe gemäß Anhang I beinhalten;

##### *Geänderter Text*

e) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) von Mineralien, **einschließlich Kohlenwasserstoffen**, im Bergbau, in Steinbrüchen oder durch Bohrung, ausgenommen unterirdische Gasspeicheranlagen in natürlichen Erdformationen und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen, **einschließlich der hydraulischen Frakturierung von Kohlenwasserstoffen**, und die mit diesen Maßnahmen in Verbindung stehende Lagerung, die gefährliche Stoffe gemäß Anhang I beinhalten;

Or. en

#### *Begründung*

*Die hydraulische Frakturierung, eine mit hohem Risiko verbundene Methode zur Extraktion*

von Schiefergas und Schieferöl, sollte in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufgenommen werden.

### **Änderungsantrag 83**

**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe e**

##### *Vorschlag der Kommission*

e) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) von Mineralien im Bergbau, in Steinbrüchen oder durch Bohrung, ausgenommen unterirdische Gasspeicheranlagen in natürlichen Erdformationen und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen und die mit diesen Maßnahmen in Verbindung stehende Lagerung, die gefährliche Stoffe gemäß Anhang I beinhalten;

##### *Geänderter Text*

e) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) die Gewinnung (Erkundung, Abbau und Aufbereitung) von Mineralien im Bergbau, in Steinbrüchen oder durch Bohrung, ausgenommen unterirdische Gasspeicheranlagen in natürlichen Erdformationen, **Salzkavernen** und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen und die mit diesen Maßnahmen in Verbindung stehende Lagerung, die gefährliche Stoffe gemäß Anhang I beinhalten;

Or. it

##### *Begründung*

*Die vom Vorschlag der Kommission ausgehende Richtlinie erstreckt sich nur auf die Lagerung in ausgebeuteten Lagerstätten oder stillgelegten Minen, während die Möglichkeit der Lagerung in Salzkavernen ausgeschlossen bleibt. Dadurch entstehen in Bezug auf berücksichtigte und nicht berücksichtigte Lagerungsmöglichkeiten Wettbewerbsverzerrungen, die vor allem Mitgliedstaaten ohne Salzkavernen schaden.*

### **Änderungsantrag 84**

**Åsa Westlund**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe f**

##### *Vorschlag der Kommission*

**f) die Offshore-Erkundung und -Gewinnung von Mineralien,**

##### *Geänderter Text*

**entfällt**

*einschließlich Kohlenwasserstoffen;*

Or. en

**Änderungsantrag 85**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***f) die Offshore-Erkundung und -  
Gewinnung von Mineralien,  
einschließlich Kohlenwasserstoffen;***

***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Die Explosion der „Deepwater Horizon“ vor nicht langer Zeit zeigt, dass es strengerer EU-weiter Bestimmungen bedarf, um zu verhindern, dass es bei Offshore-Aktivitäten zu schweren Unfällen kommt. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, diese Tätigkeiten in den Anwendungsbereich von Seveso III einzubeziehen.*

**Änderungsantrag 86**

**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***f) die Offshore-Erkundung und -  
Gewinnung von Mineralien,  
einschließlich Kohlenwasserstoffen;***

***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Katastrophale Unfälle, wie jener der „Deepwater Horizon“ vor nicht allzu langer Zeit, zeigen, dass es EU-weiter Bestimmungen bedarf, um solche Unfälle zu verhindern. In seiner Entschließung vom 7. Oktober 2010 zu EU-Maßnahmen zur Ölexploration und Ölförderung*

*in Europa forderte das Parlament die Kommission auf, Ölbohrinseln in den Anwendungsbereich der Seveso-Richtlinie einzubeziehen. Die laufende Überarbeitung der Seveso-Richtlinie muss dazu genutzt werden.*

**Änderungsantrag 87**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***f) die Offshore-Erkundung und -  
Gewinnung von Mineralien,  
einschließlich Kohlenwasserstoffen;***

***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Offshore-Öl- und Gasplattformen sowie Explorationsorte müssen in die Bestimmungen der vorliegenden Richtlinie aufgenommen werden, wenn man sowohl die Unfälle aus der jüngeren Vergangenheit als auch den Umstand berücksichtigt, dass es keine angemessenen Sicherheits- und Schutzvorschriften von vergleichbarem Standard, wie er in der Seveso-Richtlinie vorgesehen ist, gibt.*

**Änderungsantrag 88**  
**Pavel Poc**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***f) die Offshore-Erkundung und -  
Gewinnung von Mineralien,  
einschließlich Kohlenwasserstoffen;***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 89**  
**Anna Rosbach**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 2 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**f) die Offshore-Erkundung und -  
Gewinnung von Mineralien,  
einschließlich Kohlenwasserstoffen;**

**entfällt**

Or. da

**Änderungsantrag 90**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

2. „Betrieb der unteren Klasse“ einen Betrieb, in dem gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 2 **und** Anhang I Teil 2 Spalte 2 genannten Mengen entsprechen oder darüber, aber unter den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 und Anhang I Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen liegen;

2. „Betrieb der unteren Klasse“ einen Betrieb, in dem gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 2 **oder gegebenenfalls** Anhang I Teil 2 Spalte 2 genannten Mengen entsprechen oder darüber, aber unter den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 und Anhang I Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen liegen;

Or. en

*Begründung*

*Viele Stoffe sind nur in Teil 1 von Anhang I aufgeführt, nicht jedoch in Teil 2, so dass klargestellt werden muss, dass diese beiden Teile nicht kumulativ gelten.*

**Änderungsantrag 91**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. „Betrieb der oberen Klasse“ einen

3. „Betrieb der oberen Klasse“ einen

Betrieb, in dem gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 **und** Anhang I Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen entsprechen oder darüber liegen;

Betrieb, in dem gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 **oder gegebenenfalls** Anhang I Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen entsprechen oder darüber liegen;

Or. en

### *Begründung*

*Viele Stoffe sind nur in Teil 1 von Anhang I aufgeführt, nicht jedoch in Teil 2, so dass klargestellt werden muss, dass diese beiden Teile nicht kumulativ gelten.*

### **Änderungsantrag 92** **Anna Rosbach**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. „benachbarter Betrieb“ oder „benachbartes Betriebsgelände“ einen Betrieb bzw. ein Gelände, der/das innerhalb des Auswirkungsbereichs eines Betriebs tätig ist;**

Or. en

### **Änderungsantrag 93** **Gaston Franco, Sophie Auconie**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, **der neu errichtet wurde oder** in dem die Tätigkeit noch nicht aufgenommen wurde;

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, in dem die Tätigkeit noch nicht aufgenommen wurde;

Or. fr

*Begründung*

*Der Verweis auf einen „neu errichteten Betrieb“ ist sehr vage und läuft Gefahr, in sehr unterschiedlicher Weise ausgelegt zu werden.*

**Änderungsantrag 94**  
**Daciana Octavia Sârbu, Rovana Plumb**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, **der neu errichtet wurde oder** in dem die Tätigkeit **noch nicht** aufgenommen **wurde**;

*Geänderter Text*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, in dem die Tätigkeit **nach dem 31. Mai 2015** aufgenommen **wird**;

Or. en

**Änderungsantrag 95**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, der neu errichtet **wurde** oder in dem die Tätigkeit **noch nicht** aufgenommen **wurde**;

*Geänderter Text*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, der **nach dem 1. Juni 2015** neu errichtet **wird** oder in dem die Tätigkeit **nach dem 1. Juni 2017** aufgenommen **wird oder der aufgrund von Änderungen seiner Anlagen, seiner Tätigkeiten oder seines Verzeichnisses gefährlicher Stoffe nach dem 1. Juni 2015 in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fällt**;

Or. en

*Begründung*

*Es sollten eindeutige Daten genannt werden, um die unterschiedlichen Bedeutungen eines neuen Betriebs klarzustellen.*



**Änderungsantrag 96**  
**Elena Oana Antonescu**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, der neu errichtet wurde oder in dem die Tätigkeit **noch nicht** aufgenommen **wurde**;

*Geänderter Text*

4. „neuer Betrieb“ einen Betrieb, der neu errichtet wurde oder in dem die Tätigkeit **nach dem 31. Mai 2015** aufgenommen **wird**;

Or. en

**Änderungsantrag 97**  
**Gaston Franco, Sophie Auconie**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 7**

*Vorschlag der Kommission*

7. „Anlage“ eine technische Einheit innerhalb eines Betriebs, in der gefährliche Stoffe hergestellt, verwendet, verarbeitet oder gelagert werden, auch unterirdisch, und umfasst alle Einrichtungen, Bauwerke, Rohrleitungen, Maschinen, Werkzeuge, Privatgleisanschlüsse, Hafenbecken, Umschlaganlagen, Anlegebrücken, Lager oder ähnliche, auch schwimmende Konstruktionen, die für den Betrieb der Anlage erforderlich sind;

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. fr

*Begründung*

*An dieser Stelle sollte man sich ausdrücklich auf die Anlage und nicht auf den Betrieb beziehen. Hätte man den ursprünglichen Wortlaut beibehalten, wären alle Anlagen des Betriebs „Seveso“ in die Kategorie „Seveso“ eingestuft worden, was nicht im Einklang zum Gemeinschaftsrecht steht, wie es in der „Seveso-II-Richtlinie“ formuliert wurde. In der geltenden französischen Fassung der „Seveso-II-Richtlinie“ wird auf eine „technische*

*Einheit innerhalb eines Betriebs, wo gefährliche Stoffe ...” Bezug genommen, und in der deutschen Fassung heißt es „in der”. Es wird also auf die Anlage und nicht auf den Betrieb Bezug genommen.*

**Änderungsantrag 98**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 7**

*Vorschlag der Kommission*

7. „Anlage” eine technische Einheit innerhalb eines Betriebs, in der gefährliche Stoffe hergestellt, verwendet, verarbeitet oder gelagert werden, auch unterirdisch, und umfasst alle Einrichtungen, Bauwerke, Rohrleitungen, Maschinen, Werkzeuge, **Privatgleisanschlüsse**, Hafenbecken, Umschlageneinrichtungen, Anlegebrücken, Lager oder ähnliche, auch schwimmende Konstruktionen, die für den Betrieb der Anlage erforderlich sind;

*Geänderter Text*

7. „Anlage” eine technische Einheit innerhalb eines Betriebs, in der gefährliche Stoffe hergestellt, verwendet, verarbeitet oder gelagert werden, auch unterirdisch, und umfasst alle Einrichtungen, Bauwerke, Rohrleitungen, Maschinen, Werkzeuge, **Gleisanschlüsse**, Hafenbecken, Umschlageneinrichtungen, Anlegebrücken, Lager oder ähnliche, auch schwimmende Konstruktionen, die für den Betrieb der Anlage erforderlich sind;

Or. en

*Begründung*

*Das Eigentumsverhältnis sollte kein Kriterium für die Definition einer Anlage sein.*

**Änderungsantrag 99**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 8**

*Vorschlag der Kommission*

8. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen — die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt über den **technischen** Betrieb **des Betriebs** oder **der** Anlage

*Geänderter Text*

8. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen — die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt über den Betrieb oder **die** Anlage übertragen worden ist;

übertragen worden ist;

Or. en

*Begründung*

*Um zu vermeiden, dass Gesetzeslücken entstehen, sollte sich im Fall einer Übertragung die Definition eines Betreibers nicht auf die Einheit beschränken, die über die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt über den technischen Betrieb des Betriebs verfügt.*

**Änderungsantrag 100**  
**Oreste Rossi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 8**

*Vorschlag der Kommission*

8. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen — die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt über den technischen Betrieb des Betriebs oder der Anlage übertragen worden ist;

*Geänderter Text*

8. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen — die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt **und/oder Entscheidungsgewalt** über den technischen Betrieb des Betriebs oder der Anlage übertragen worden ist;

Or. it

*Begründung*

*Es ist angebracht, zur wirtschaftlichen Verfügungsgewalt auch die Entscheidungsgewalt des Betreibers hinzuzufügen, damit alle möglichen Organisationsstrukturen abgedeckt werden.*

**Änderungsantrag 101**  
**Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 8**

*Vorschlag der Kommission*

8. „Betreiber“ jede natürliche oder

*Geänderter Text*

8. „Betreiber“ jede natürliche oder

juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen — die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt über den technischen Betrieb des Betriebs oder der Anlage übertragen worden ist;

juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen — die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsgewalt **und/oder Entscheidungsgewalt** über den technischen Betrieb des Betriebs oder der Anlage übertragen worden ist;

Or. it

### *Begründung*

*Es ist angebracht, in der Definition des Betreibers zur wirtschaftlichen Verfügungsgewalt auch die Entscheidungsgewalt dieses Subjekts hinzuzufügen, damit alle möglichen Organisationsstrukturen abgedeckt werden.*

### **Änderungsantrag 102** **Elena Oana Antonescu**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**8a. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde bei der Erstellung externer Notfallpläne dem Domino-Effekt Rechnung trägt.**

Or. en

### **Änderungsantrag 103** **Sabine Wils**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 9**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

9. „gefährliche Stoffe“ Stoffe oder Gemische, die in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt sind und als Rohstoff, Endprodukt, Nebenprodukt, Rückstand

9. „gefährliche Stoffe“ Stoffe oder Gemische, die in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt sind und als Rohstoff, Endprodukt, Nebenprodukt, Rückstand

oder Zwischenprodukt vorhanden sind, einschließlich derjenigen, bei denen realistischerweise davon auszugehen ist, dass sie bei einem Unfall anfallen;

oder **isoliertes und nicht-isoliertes** Zwischenprodukt vorhanden sind, einschließlich derjenigen, bei denen realistischerweise davon auszugehen ist, dass sie bei einem Unfall anfallen;

Or. en

#### *Begründung*

*Um die richtige Menge jedes Stoffes zu berechnen, der in einem Erzeugungsbetrieb verwendet wird, müssen auch seine Zwischenstadien berücksichtigt werden, ungeachtet dessen, ob diese nach der CLP-Verordnung in isolierter oder nicht-isolierter Form vorliegen.*

### **Änderungsantrag 104 Oreste Rossi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 9**

##### *Vorschlag der Kommission*

9. „gefährliche Stoffe“ Stoffe oder Gemische, die in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt sind und als Rohstoff, Endprodukt, Nebenprodukt, Rückstand oder Zwischenprodukt vorhanden sind, einschließlich derjenigen, bei denen realistischerweise davon auszugehen ist, dass sie bei einem Unfall anfallen;

##### *Geänderter Text*

9. „gefährliche Stoffe“ Stoffe oder Gemische, die in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt sind und als Rohstoff, Endprodukt, Nebenprodukt, Rückstand oder Zwischenprodukt vorhanden sind, einschließlich derjenigen, bei denen realistischerweise davon auszugehen ist, dass sie bei einem Unfall **in Mengen anfallen, die die Grenzwerte von Teil 1 oder 2 des Anhangs 1 erreichen oder übersteigen**;

Or. it

#### *Begründung*

*Damit sollen Mehrdeutigkeiten bei der Auslegung sowie Widersprüche zur Definition des „Vorhandensein von gefährlichen Stoffen“ (Artikel 3, Punkt 11) ausgeschlossen werden.*

### **Änderungsantrag 105 Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 11**

*Vorschlag der Kommission*

11. „Vorhandensein gefährlicher Stoffe“ ihr tatsächliches oder vorgesehenes Vorhandensein im Betrieb oder das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen, soweit davon auszugehen ist, dass sie bei **einem** außer Kontrolle geratenen **industriellen chemischen Verfahren** anfallen, und zwar in Mengen, die den in Anhang I Teile 1 und 2 genannten Mengenschwellen entsprechen oder darüber liegen.

*Geänderter Text*

11. „Vorhandensein gefährlicher Stoffe“ ihr tatsächliches oder vorgesehenes Vorhandensein im Betrieb oder das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen, soweit davon auszugehen ist, dass sie bei **einer** außer Kontrolle geratenen **Anlage innerhalb des Betriebs** anfallen, und zwar in Mengen, die den in Anhang I Teile 1 und 2 genannten Mengenschwellen entsprechen oder darüber liegen.

Or. en

*Begründung*

*Die vorgeschlagene Begriffsbestimmung ist unzureichend, da sie Emissionen von gefährlichen Stoffen, die durch einen Unfall wie etwa ein Feuer in einem Lagerhaus entstehen, außer acht lässt, obwohl die Auswirkungen ähnlich sein können wie bei einem außer Kontrolle geratenen industriellen chemischen Verfahren. Die Begriffsbestimmung für das „Vorhandensein gefährlicher Stoffe“ sollte somit einen Verweis auf die Entstehung derartiger Stoffe aufgrund des Umstands enthalten, dass eine Anlage des Betriebs außer Kontrolle gerät.*

**Änderungsantrag 106**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 11**

*Vorschlag der Kommission*

11. „Vorhandensein gefährlicher Stoffe“ ihr tatsächliches oder vorgesehenes Vorhandensein im Betrieb oder das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen, soweit davon auszugehen ist, dass sie bei einem außer Kontrolle geratenen industriellen chemischen Verfahren anfallen, und zwar in Mengen, die den in Anhang I Teile 1 und 2 genannten Mengenschwellen entsprechen oder

*Geänderter Text*

11. „Vorhandensein gefährlicher Stoffe“ ihr tatsächliches oder vorgesehenes Vorhandensein im Betrieb oder das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen, soweit davon auszugehen ist, dass sie bei einem außer Kontrolle geratenen industriellen chemischen Verfahren **oder während eines anderen schweren Zwischenfalls in einem Lager oder einer Anlage** anfallen, und zwar in Mengen, die

darüber liegen.

den in Anhang I Teile 1 und 2 genannten Mengenschwellen entsprechen oder darüber liegen.

Or. en

### *Begründung*

*Die durch einen Unfall wie ein Feuer in einem Lagerhaus verursachten Schäden können ebenso gravierend sein wie jene, die durch ein außer Kontrolle geratenes industrielles chemisches Verfahren hervorgerufen werden. Da durch die Richtlinie Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen festgelegt werden, ist es irrelevant, ob der Stoff durch ein außer Kontrolle geratenes industrielles chemisches Verfahren oder ein Feuer oder eine sonstige Ursache entsteht.*

### **Änderungsantrag 107 Andres Perello Rodriguez**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 17**

##### *Vorschlag der Kommission*

17. „die betroffene Öffentlichkeit“ die von einer Entscheidung über einen der Sachverhalte gemäß Artikel 14 Absatz 1 betroffene oder wahrscheinlich betroffene Öffentlichkeit oder die Öffentlichkeit mit einem Interesse daran, einschließlich Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Umweltschutz einsetzen und einschlägige, nach innerstaatlichem Recht geltende Voraussetzungen erfüllen;

##### *Geänderter Text*

17. „die betroffene Öffentlichkeit“ die von einer Entscheidung über einen der Sachverhalte gemäß Artikel 14 Absatz 1 **in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit** betroffene oder wahrscheinlich betroffene Öffentlichkeit oder die Öffentlichkeit mit einem **legitimen** Interesse daran, einschließlich Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Umweltschutz einsetzen und einschlägige, nach innerstaatlichem Recht geltende Voraussetzungen erfüllen;

Or. en

### *Begründung*

*Die betroffene Öffentlichkeit sollte spezifiziert werden, um zu verhindern, dass ein beliebiger Beweggrund herangezogen werden kann, um zu rechtfertigen, dass die Öffentlichkeit „betroffen“ ist.*

**Änderungsantrag 108**  
**Elena Oana Antonescu**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 18 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***18a. „angemessener Sicherheitsabstand“  
den Mindestabstand, bei dem im Falle  
eines schweren Unfalls keine möglichen  
negativen Auswirkungen auf die  
menschliche Gesundheit oder die Umwelt  
verzeichnet werden können;***

Or. en

**Änderungsantrag 109**  
**Daciana Octavia Sârbu, Rovana Plumb**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 18 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***18a. „angemessener Sicherheitsabstand“  
den Mindestabstand, bei dem im Falle  
eines schweren Unfalls keine möglichen  
negativen Auswirkungen auf die  
menschliche Gesundheit oder die Umwelt  
verzeichnet werden könnten;***

Or. en

**Änderungsantrag 110**  
**Elena Oana Antonescu**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 18 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***18b. „Domino-Effekt“ die Möglichkeit des  
Auftretens eines schweren Unfalls in  
einem Betrieb, der durch einen Unfall in***



*der Nähe dieses Betriebs – entweder in einem anderen Betrieb oder auf einem Betriebsgelände, das außerhalb des Anwendungsbereichs dieser Richtlinie liegt – verursacht wird;*

Or. en

**Änderungsantrag 111**  
**Daciana Octavia Sârbu, Rovana Plumb**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 18 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*18b. „Domino-Effekt“ das Auftreten eines schweren Unfalls in einem Betrieb, der durch einen Unfall in der Nähe dieses Betriebs verursacht wird. Dazu könnten Unfälle in Betrieben nach der Definition in der vorliegenden Richtlinie oder auf Betriebsgelände gehören, das außerhalb des Anwendungsbereichs dieser Richtlinie liegt.*

Or. en

**Änderungsantrag 112**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*1. Wenn auf der Grundlage der Kriterien gemäß Absatz 4 nachgewiesen wird, dass bestimmte Stoffe in Anhang I Teil 1 oder 2 keine Gefahr eines schweren Unfalls bergen, insbesondere wegen ihrer physikalischen Form, Eigenschaften, Einstufung, Konzentration oder allgemeinen Verpackung, kann die*

*entfällt*

**Kommission diese Stoffe gemäß Artikel 24 mittels delegierter Rechtsakte der Liste in Anhang I Teil 3 hinzufügen.**

Or. en

*Begründung*

*Den Ausschluss von gefährlichen Stoffen mit einer klaren Auflistung von Kriterien in dieser Richtlinie vorzusehen, könnte ein hohes Risiko für einen möglichen Beschluss einer Ausnahmeregelung mit sich bringen, die sich auf andere Faktoren stützt als jene physikalisch/chemischen und ökologischen.*

**Änderungsantrag 113  
Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Wenn auf der Grundlage der Kriterien **gemäß Absatz 4** nachgewiesen wird, dass bestimmte Stoffe in Anhang I Teil 1 oder 2 **keine Gefahr eines schweren Unfalls bergen**, insbesondere wegen ihrer physikalischen Form, Eigenschaften, Einstufung, Konzentration oder allgemeinen Verpackung, kann die Kommission **diese Stoffe** gemäß **Artikel 24 mittels delegierter Rechtsakte der Liste** in Anhang I Teil 3 **hinzufügen**.

*Geänderter Text*

1. Wenn auf der Grundlage der **in Anhang VII der vorliegenden Richtlinie dargelegten** Kriterien nachgewiesen wird, dass bestimmte Stoffe **oder Gemische** in Anhang I Teil 1 oder 2 **unter spezifischen Bedingungen**, insbesondere wegen ihrer physikalischen Form, Eigenschaften, Einstufung, Konzentration oder allgemeinen Verpackung, **keine Gefahr eines schweren Unfalls bergen und für sie somit eine Ausnahmeregelung gelten sollte**, kann die Kommission gemäß **den Artikeln 17 und 24 delegierte Rechtsakte erlassen, um diese Stoffe und Gemische zusammen mit den anwendbaren Bedingungen** in Anhang I Teil 3 **aufzulisten**.

Or. en

**Änderungsantrag 114  
Corinne Lepage**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass ein in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführter gefährlicher Stoff keine Gefahr eines schweren Unfalls birgt und gemäß Absatz 1 für die Aufnahme in Anhang I Teil 3 in Frage kommt, so teilt er dies der Kommission mit.*

*entfällt*

Or. en

**Änderungsantrag 115  
Corinne Lepage**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Die Kommission unterrichtet das in Artikel 17 Absatz 2 genannte Forum über solche Mitteilungen.*

*entfällt*

Or. en

**Änderungsantrag 116  
Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Kommission *unterrichtet* das in Artikel 17 Absatz 2 genannte Forum *über solche* Mitteilungen.

Die Kommission *konsultiert* das in Artikel 17 Absatz 2 genannte Forum, *bevor sie Stoffe in Anhang I Teil 3 auflistet, und zu* Mitteilungen *gemäß Unterabsatz 1.*

Or. en

*(Steht in Zusammenhang mit dem Änderungsantrag zu Artikel 17 Absatz 2, durch den Akteure in das Forum einbezogen werden sollen)*

*Begründung*

*Die Kommission sollte die Akteure zu solchen Beschlüssen konsultieren.*

**Änderungsantrag 117**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Wenn auf der Grundlage der Kriterien gemäß Absatz 4 zur Zufriedenheit der zuständigen Behörde nachgewiesen wurde, dass von speziellen Stoffen, die in einem bestimmten Betrieb oder einem Teil davon vorhanden und in der Liste in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt sind, aufgrund der spezifischen Bedingungen in den Betrieb wie der Art der Verpackung und des Behälters des Stoffes oder des Standorts und der betreffenden Mengen keine Gefahr eines schweren Unfalls ausgeht, so kann der Mitgliedstaat der zuständigen Behörde beschließen, die Anforderungen gemäß den Artikeln 7 bis 19 dieser Richtlinie auf den betreffenden Betrieb nicht anzuwenden.**

**entfällt**

**In den Fällen gemäß Unterabsatz 1 übermittelt der betreffende Mitgliedstaat der Kommission eine Liste der betroffenen Betriebe, mitsamt dem Verzeichnis der betreffenden gefährlichen Stoffe. Der betreffende Mitgliedstaat gibt die Gründe für den Ausschluss an.**

**Die Kommission übermittelt die Listen gemäß Unterabsatz 2 jährlich zur Kenntnisnahme an das Forum gemäß Artikel 17 Absatz 2.**

*Begründung*

*Nationale Ausnahmeregelungen würden dazu führen, dass die Richtlinie in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich angewandt wird. Die Möglichkeit solcher Ausnahmeregelungen würde die zuständigen Behörden unnötig anfällig für die Interessen großer Unternehmen machen. Im Interesse einer harmonisierten Anwendung sollte die Möglichkeit nationaler Ausnahmeregelungen abgelehnt werden.*

**Änderungsantrag 118**  
**Patrice Tirolien, Gilles Pargneaux**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 3 – Unterabsatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Ist ein Mitgliedstaat der Ansicht, dass die Eintragung eines gefährlichen Stoffes in Anlage 1 Teil 2 sich nachteilig auf die Stromversorgung oder Wirtschaftstätigkeit eines Gebietes in äußerster Randlage auswirken kann und dass dieser Stoff gemäß Artikel 4 Absatz 1 in Teil 3 der genannten Anlage eingetragen werden könnte, teilt er dies der Kommission mit. Die Kommission unterrichtet das in Artikel 17 Absatz 2 genannte Forum über solche Mitteilungen.***

Or. fr

**Änderungsantrag 119**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4. Bis zum 30. Juni 2013 nimmt die Kommission delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 24 an, um die Kriterien für die***

***entfällt***

**Zwecke der Absätze 1 und 3 dieses Artikels festzulegen und Anhang VII entsprechend zu ändern .**

Or. en

*Begründung*

*Ausschlusskriterien sollten in dieser Richtlinie genannt und nicht dem Verfahren der delegierten Rechtsakte unterworfen werden. Wenn neue Kriterien erlassen werden sollen, sollte das Verfahren der Mitentscheidung zur Anwendung kommen.*

**Änderungsantrag 120  
Cristian Silviu Buşoi**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4. Bis zum 30. Juni 2013 nimmt die Kommission delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 24 an, um die Kriterien für die Zwecke der Absätze 1 und 3 dieses Artikels festzulegen und Anhang VII entsprechend zu ändern .**

**entfällt**

Or. fr

*Begründung*

*Die Kriterien sollten vor der Annahme der Richtlinie festgelegt werden, damit die Flexibilität sofort zum Tragen kommt, sodass man den unerwünschten Folgen der Angleichung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2009 (CLP-Verordnung) und der Nichtberücksichtigung der jüngsten Anpassungen bei dem Vorschlag für die Seveso-Richtlinie entgegenwirken kann.*

**Änderungsantrag 121  
Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass

Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass

PE467.297v01-00

46/90

AM\871522DE.doc

ein gefährlicher Stoff, der nicht in der Liste in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt ist, die Gefahr eines schweren Unfalles birgt, kann er geeignete Maßnahmen ergreifen und unterrichtet die Kommission.

ein gefährlicher Stoff, der nicht in der Liste in Anhang I Teil 1 oder 2 aufgeführt ist, die Gefahr eines schweren Unfalles birgt, **oder dass ein Schwellenwert zu hoch ist**, kann er geeignete Maßnahmen ergreifen und unterrichtet die Kommission.

Or. en

#### *Begründung*

*Die Mitgliedstaaten sollen auch dann aktiv werden können, wenn sie der Auffassung sind, dass ein Schwellenwert zu hoch ist.*

### **Änderungsantrag 122** **Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 4 – Absatz 5 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Kommission **unterrichtet** das Forum gemäß Artikel 17 Absatz 2 **von** den Mitteilungen gemäß Unterabsatz 1.

##### *Geänderter Text*

Die Kommission **konsultiert** das Forum gemäß Artikel 17 Absatz 2 **zu** den Mitteilungen gemäß Unterabsatz 1.

Or. en

#### *Begründung*

*Die Kommission sollte die Akteure zu solchen Beschlüssen konsultieren.*

### **Änderungsantrag 123** **Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 4 – Absatz 5 – Unterabsatz 3 a (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

**Gegebenenfalls kann die Kommission delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 24 annehmen, um den Schwellenwert für die in Unterabsatz 1 genannten Stoffe in**

**Anhang I Teil 1 oder Teil 2 zu senken.**

Or. en

*Begründung*

*Wie vom Berichterstatter in seinem Änderungsantrag 11 vorgeschlagen, sollte die Auflistung neuer Stoffe nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erfolgen. Die Änderung eines Schwellenwerts im Anschluss an eine Mitteilung eines Mitgliedstaats könnte hingegen mittels eines delegierten Rechtsakts erfolgen.*

**Änderungsantrag 124**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 5 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um schwere Unfälle zu verhüten und deren Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begrenzen.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um schwere Unfälle zu verhüten und deren Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begrenzen. **Dazu gehört auch die Verpflichtung, mindestens alle zwei Jahre unabhängige Sicherheitsstudien durchzuführen.**

Or. en

*Begründung*

*Unabhängige Studien wären ein wichtiges Mittel, um dafür zu sorgen, dass die Betreiber alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Wenn solche Studien mindestens alle zwei Jahre durchgeführt werden, kann dies ein wichtiger Beitrag dazu sein, dass Sicherheitsmängel festgestellt werden und Abhilfe geschaffen werden kann.*

**Änderungsantrag 125**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 5 – Absatz 1 a (neu)**



**1a. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betrieb gemäß den besten verfügbaren Techniken arbeitet, insbesondere in Bezug auf Sicherheitsaspekte, im Einklang mit der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung)<sup>1</sup> ohne Ausnahmeregelungen.**

---

<sup>1</sup> ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17.

Or. en

*Begründung*

*Seveso-Gelände sollten ohne Ausnahme den besten verfügbaren Techniken entsprechen.*

**Änderungsantrag 126**

**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe g**

**g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall führen oder dessen Folgen verschlimmern können, einschließlich genauer Angaben zu benachbarten Betrieben, unabhängig davon, ob diese unter die vorliegende Richtlinie fallen oder nicht, sowie zu anderen Geländen, Flächen und Bauprojekten, die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.**

**entfällt**

Or. it

## *Begründung*

*Der Betreiber hat keine juristische Handhabe, um an diese Informationen zu gelangen. Dies sollte die Aufgabe der zuständigen Behörden sein. In diesem Zusammenhang enthält Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b die Anforderung der Unterrichtung der benachbarten Betriebe, auf die diese Richtlinie keine Anwendung findet". Aus Gründen der Machbarkeit sollte sich dies nur auf Betriebe beschränken, auf die diese Richtlinie Anwendung findet.*

### **Änderungsantrag 127 Holger Krahmer**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe g**

##### *Vorschlag der Kommission*

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall führen oder dessen Folgen verschlimmern können, ***einschließlich genauer Angaben zu benachbarten Betrieben, unabhängig davon, ob diese unter die vorliegende Richtlinie fallen oder nicht, sowie zu anderen Geländen, Flächen und Bauprojekten, die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.***

##### *Geänderter Text*

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall führen oder dessen Folgen verschlimmern können.

Or. en

## *Begründung*

*Der Betreiber verfügt über keine rechtliche Möglichkeit, solche Angaben zu beschaffen. Diese Aufgabe muss von den Behörden wahrgenommen werden.*

### **Änderungsantrag 128 Sergio Berlato**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe g**

##### *Vorschlag der Kommission*

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall

##### *Geänderter Text*

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall

führen oder dessen Folgen verschlimmern können, **einschließlich genauer Angaben zu benachbarten Betrieben, unabhängig davon, ob diese unter die vorliegende Richtlinie fallen oder nicht**, sowie zu **anderen Geländen**, Flächen und **Bauprojekten**, die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.

führen oder dessen Folgen verschlimmern können, sowie **andere Gelände**, Flächen und **Bauprojekte**, die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.

Or. it

### *Begründung*

*Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass der Betreiber gemäß seiner Informationspflicht nach Artikel 6 nähere Angaben zu benachbarten Betrieben macht. Die Betreiber haben jedoch keine Befugnis, diese Informationen anzufordern oder in Erfahrung zu bringen, die zudem vertraulich oder sensibel in industrieller oder kommerzieller Hinsicht sein können. Daher ist es nach unserer Ansicht Aufgabe der zuständigen Behörden, Informationen über benachbarte Betriebe zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.*

### **Änderungsantrag 129** **Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe g**

##### *Vorschlag der Kommission*

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall führen oder dessen Folgen verschlimmern können, einschließlich genauer Angaben zu benachbarten Betrieben, **unabhängig davon, ob diese unter die vorliegende Richtlinie fallen oder nicht**, sowie zu anderen Geländen, Flächen und Bauprojekten, die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.

##### *Geänderter Text*

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs, Elemente, die zu einem schweren Unfall führen oder dessen Folgen verschlimmern können, einschließlich genauer Angaben zu benachbarten Betrieben, **soweit der Betreiber darüber verfügt**, sowie zu anderen Geländen, Flächen und Bauprojekten, **von denen ein schwerer Unfall ausgehen könnte oder** die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.

Or. en

*Begründung*

*Nicht der Seveso-Richtlinie unterliegende Betriebe könnten nicht nur das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls vergrößern, sondern sie könnten auch die Ursache dafür sein.*

**Änderungsantrag 130**  
**Anna Rosbach**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) bei bestehenden Betrieben innerhalb **eines Jahres** ab dem in Artikel 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 genannten Zeitpunkt;

*Geänderter Text*

b) bei bestehenden Betrieben innerhalb **von drei Monaten** ab dem in Artikel 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 genannten Zeitpunkt;

Or. en

**Änderungsantrag 131**  
**Anna Rosbach**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) bei nachfolgenden Betrieben innerhalb **eines Jahres** nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

*Geänderter Text*

c) bei nachfolgenden Betrieben innerhalb **von drei Monaten** nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

Or. en

**Änderungsantrag 132**  
**Oreste Rossi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 4 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) einer wesentlichen Vergrößerung der in der Mitteilung des Betreibers gemäß Absatz 1 angegebenen Menge oder einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes gegenüber den Angaben in der genannten Mitteilung oder einer Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird;

*Geänderter Text*

a) einer wesentlichen Vergrößerung der in der Mitteilung des Betreibers gemäß Absatz 1 angegebenen Menge oder einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes, gegenüber den Angaben in der genannten Mitteilung oder einer Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird, **woraus sich schwerwiegende Auswirkungen auf die Gefahren im Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben könnten;**

Or. it

*Begründung*

*Der Wortlaut ist an den folgenden Buchstaben b dieses Absatzes anzugleichen, um damit den Umfang der „wesentlichen Vergrößerung“ und der „wesentlichen Änderung“ klarzustellen.*

**Änderungsantrag 133**  
**Paolo Bartolozzi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 4 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) einer wesentlichen Vergrößerung der in der Mitteilung des Betreibers gemäß Absatz 1 angegebenen Menge oder einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes gegenüber den Angaben in der genannten Mitteilung oder einer Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird;

*Geänderter Text*

a) einer wesentlichen Vergrößerung der in der Mitteilung des Betreibers gemäß Absatz 1 angegebenen Menge oder einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes, gegenüber den Angaben in der genannten Mitteilung oder einer Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird, **woraus sich wichtige Auswirkungen auf die Gefahren im Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben könnten;**

**Änderungsantrag 134**  
**Oreste Rossi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5. Unbeschadet des Absatzes 4 überprüft der Betreiber in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre die Mitteilung und bringt sie erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt die aktualisierte Mitteilung unverzüglich der zuständigen Behörde.**

**entfällt**

*Begründung*

*Die Anforderung an die Betriebe der „unteren und oberen Klasse“, die Mitteilung an die zuständigen Behörde alle fünf Jahre zu überprüfen und zu aktualisieren, führt zu zusätzlichem bürokratischem Aufwand, ohne dass sich dadurch ein Vorteil in Bezug auf die Sicherheit ergäbe. Für die Betriebe der „oberen Klasse“ ist diese Anforderung bereits in Artikel 9 Absatz 5 enthalten.*

**Änderungsantrag 135**  
**Holger Kraemer**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5. Unbeschadet des Absatzes 4 überprüft der Betreiber in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre die Mitteilung und bringt sie erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt die aktualisierte Mitteilung unverzüglich der zuständigen Behörde.**

**entfällt**

### *Begründung*

*Das Erfordernis, dass Betriebe der unteren und der oberen Klasse die Mitteilung an die zuständige Behörde alle fünf Jahre überprüfen und aktualisieren müssen, bedeutet zusätzliche Bürokratie, ohne dass ein dazu im Verhältnis stehendes Ausmaß an Sicherheit gewonnen wird. Für Betriebe der oberen Klasse ist dieses Erfordernis bereits in Artikel 9 Absatz 5 abgedeckt.*

#### **Änderungsantrag 136** **Elisabetta Gardini, Sergio Berlato**

##### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 6 – Absatz 5**

###### *Vorschlag der Kommission*

5. Unbeschadet des Absatzes 4 überprüft der Betreiber in regelmäßigen Abständen **mindestens alle fünf Jahre** die Mitteilung und bringt sie erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt die aktualisierte Mitteilung unverzüglich der zuständigen Behörde.

###### *Geänderter Text*

5. Unbeschadet des Absatzes 4 überprüft der Betreiber in regelmäßigen Abständen die Mitteilung und bringt sie **systematisch oder** erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt die aktualisierte Mitteilung unverzüglich der zuständigen Behörde.

Or. it

### *Begründung*

*Die Anforderung an die Betriebe der „unteren und oberen Klasse“, die Mitteilung an die zuständigen Behörde alle fünf Jahre zu überprüfen und zu aktualisieren, führt zu zusätzlichem bürokratischem Aufwand, ohne dass sich dadurch ein Vorteil in Bezug auf die Sicherheit ergäbe.*

#### **Änderungsantrag 137** **Holger Krahrmer**

##### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 7 – Absatz 1**

###### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße

###### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber **von Betrieben der unteren Klasse** verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten

Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung und behandelt die Sicherheitskultur in Bezug auf die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle.

und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung und behandelt die Sicherheitskultur in Bezug auf die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle.

Or. en

### *Begründung*

*Da Betriebe der oberen Klasse in jedem Fall über ein Sicherheitsmanagementsystem verfügen müssen, das natürlich das Vorgehen nach Artikel 7 mit einbezieht, sollte sich das hier beschriebene Erfordernis auf Betriebe der unteren Klasse beschränken.*

### **Änderungsantrag 138** **Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 7 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung und behandelt die Sicherheitskultur in Bezug auf die

##### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, **den Zeitplan und die Maßnahmen für das Erreichen dieser Ziele, eine periodische Bewertung der**



Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle.

***Fortschritte im Hinblick auf das Erreichen dieser Ziele und*** die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung und behandelt die Sicherheitskultur in Bezug auf die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle ***sowie in Bezug auf die Verpflichtung, die Verhütung schwerer Unfälle fortlaufend zu verbessern.***

***Es wird mit Hilfe angemessener Mittel, Strukturen und Managementsysteme umgesetzt und umfasst das Sicherheitsmanagementsystem für seine Umsetzung gemäß Anhang III.***

Or. en

### *Begründung*

*Prävention ist der Schlüssel. Ziele und Grundsätze sind wichtig, aber nicht ausreichend. Die Betreiber sollten in dem Konzept auch einen Zeitplan und die Maßnahmen für die Erreichung der Ziele zur Verhütung schwerer Unfälle sowie eine periodische Bewertung der Fortschritte im Hinblick auf das Erreichen dieser Ziele festschreiben.*

### **Änderungsantrag 139 Gaston Franco, Sophie Auconie**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung ***und behandelt die Sicherheitskultur*** in Bezug auf die

##### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung in Bezug auf die Beherrschung der Gefahren schwerer

Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle.

Unfälle.

Or. fr

*Begründung*

*Der Begriff „Sicherheitskultur“ bezieht sich nicht auf betriebliche Anforderungen.*

**Änderungsantrag 140**  
**Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung **und behandelt die Sicherheitskultur** in Bezug auf die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept ist schriftlich niederzulegen. Es gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsgrundsätze des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung in Bezug auf die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle.

Or. it

*Begründung*

*Der Vorschlag der Europäischen Kommission führt den Begriff der „Sicherheitskultur“ ein. Dieser Begriff ist aber in betrieblicher Hinsicht ohne Bedeutung und wird in Artikel 3 nicht definiert. Daher sollte der Wortlaut entsprechend geändert werden.*

**Änderungsantrag 141**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1a. Das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle umfasst ein Managementsystem für Sicherheitsfragen entsprechend den Bestimmungen von Anhang III.***

Or. en

*Begründung*

*Bei der Abfassung eines Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle sollte den in Anhang III geforderten Leitlinien und Angaben Rechnung getragen werden, um alle relevanten Bestandteile aufzunehmen.*

**Änderungsantrag 142  
Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 7 – Absatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1b. Das gemäß den Angaben in Anhang III zu erstellende Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle umfasst das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe.***

Or. en

*Begründung*

*Die Verpflichtung, die gefährlichen Stoffe aufzulisten, gilt nur für Betriebe der oberen Klasse, während aufgrund der negativen Auswirkungen eines gefährlichen Stoffes ein derartiges Verzeichnis auch in das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle in Bezug auf Betriebe der unteren Klasse einbezogen werden sollte, da Quantität den Risikofaktor nur erhöht, ihn jedoch nicht ausschaltet.*

**Änderungsantrag 143  
Andres Perello Rodriguez**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

2. Das Konzept wird der zuständigen Behörde innerhalb der folgenden Fristen übermittelt:

*Geänderter Text*

2. Das **Dokument, in dem das** Konzept **festgelegt ist**, wird der zuständigen Behörde innerhalb der folgenden Fristen übermittelt:

Or. en

*Begründung*

*Wir möchten hervorheben, dass die Bedeutung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle nicht bloß in dem Dokument liegt, in dem es festgehalten ist, wie ein bürokratisches Erfordernis, sondern in den tatsächlich zum Tragen kommenden Aufgaben, Maßnahmen und Verantwortungsbereichen.*

**Änderungsantrag 144**  
**Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

2. Das Konzept wird der zuständigen Behörde innerhalb der folgenden Fristen **übermittelt**:

*Geänderter Text*

2. Das Konzept wird der zuständigen Behörde innerhalb der folgenden Fristen **zur Verfügung gestellt**:

Or. it

*Begründung*

*In der Fassung der Kommission ist vorgesehen, dass der Betreiber das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle an die zuständige Behörde übermittelt. Das gegenwärtige System sieht dies nicht vor, da es sich bei dem Konzept um ein Dokument handelt, an dem immer wieder Änderungen vorgenommen werden, insbesondere in Zusammenhang mit den Überprüfungen durch die Betriebsleitung, die in einigen Fällen jährlich erfolgen. Es erscheint daher praktikabler, dass der Betreiber das Konzept der zuständigen Behörde zur Verfügung stellen, aber nicht übermitteln muss, wie es in Richtlinie 96/82/EG vorgesehen ist.*

**Änderungsantrag 145**  
**Andres Perello Rodriguez**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Der Betreiber überprüft in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre das Konzept und bringt es erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt das aktualisierte Konzept unverzüglich der zuständigen Behörde.

*Geänderter Text*

4. Der Betreiber überprüft in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre das Konzept und bringt es erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt das **Dokument, in dem das aktualisierte Konzept festgelegt ist**, unverzüglich der zuständigen Behörde.

Or. en

*Begründung*

*Wir möchten hervorheben, dass die Bedeutung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle nicht bloß in dem Dokument liegt, in dem es festgehalten ist, wie ein bürokratisches Erfordernis, sondern in den tatsächlich zum Tragen kommenden Aufgaben, Maßnahmen und Verantwortungsbereichen.*

**Änderungsantrag 146**

**Antonya Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Der Betreiber überprüft in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre das Konzept und bringt es erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt das aktualisierte Konzept unverzüglich der zuständigen Behörde.

*Geänderter Text*

4. Der Betreiber überprüft in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre das Konzept und bringt es erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Der Betreiber übermittelt das aktualisierte Konzept unverzüglich der zuständigen Behörde **und macht es gemäß Artikel 13 unverzüglich der Öffentlichkeit zugänglich**.

Or. en

*Begründung*

*Da es sich beim Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle um ein zentrales Dokument handelt, in dem das Vorgehen des Betreibers in Bezug auf die Verhütung und Beschränkung der Folgen von Unfällen festgelegt ist, sollten Änderungen seines Inhalts unverzüglich der*

*Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.*

**Änderungsantrag 147**  
**Edite Estrela**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4a. Das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle wird mit Hilfe angemessener Mittel, Strukturen und Managementsysteme umgesetzt.***

***In Bezug auf Betriebe der oberen Klasse sowie Betriebe der unteren Klasse, die unter die Kriterien von Anhang VIIa fallen, wird das Konzept mittels eines Sicherheitsmanagementsystems gemäß Anhang III und entsprechend den Gefahren schwerer Unfälle und der Komplexität der Organisation oder der Tätigkeiten des Betriebs umgesetzt.***

Or. en

*Begründung*

*Die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat bestimmt, ob Betriebe der unteren Klasse das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems umsetzen, trägt dazu bei, dass die Umsetzung der Richtlinie in nicht harmonisierter Weise erfolgt. Im Interesse einer besseren Kohärenz sollte es eine Definition der Kriterien geben, um klarzustellen und zu harmonisieren, welche Betriebe der unteren Klasse das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems durchführen sollten.*

**Änderungsantrag 148**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4a. Das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle wird mit Hilfe angemessener Mittel, Strukturen und Managementsysteme umgesetzt. Bei Betrieben der oberen Klasse wird es mit Hilfe von Sicherheitsmanagementsystemen gemäß Anhang III umgesetzt. Die Mitgliedstaaten verlangen von Betrieben der unteren Klasse, dass sie das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems entsprechend den Gefahren schwerer Unfälle und der Komplexität der Organisation oder der Tätigkeiten des Betriebs umsetzen.***

Or. en

*Begründung*

*Das Sicherheitsmanagementsystem mag sich zwischen Betrieben der oberen und Betrieben der unteren Klasse unterscheiden, doch sollte es für die Mitgliedstaaten verpflichtend sein, die Umsetzung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems für alle Betriebe, nicht nur für Betriebe der oberen Klasse, zu verlangen.*

**Änderungsantrag 149**  
**Edite Estrela**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 4 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4b. Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte, um die in Anhang VIIa genannten Kriterien festzulegen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 17a Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.***

*Begründung*

*Die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat bestimmt, ob Betriebe der unteren Klasse das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems umsetzen, trägt dazu bei, dass die Umsetzung der Richtlinie in nicht harmonisierter Weise erfolgt. Im Interesse einer besseren Kohärenz sollte es eine Definition der Kriterien geben, um klarzustellen und zu harmonisieren, welche Betriebe der unteren Klasse das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems durchführen sollten.*

**Änderungsantrag 150**  
**Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die zuständige Behörde ***unter Verwendung der von dem Betreiber gemäß den Artikeln 6 und 9 übermittelten oder durch Inspektionen gemäß Artikel 19 erlangten Angaben festlegt***, bei ***welchen Betrieben der unteren und der oberen Klasse oder Gruppen von Betrieben*** aufgrund ihres Standorts und ihrer Nähe sowie ihrer Verzeichnisse gefährlicher Stoffe eine erhöhte Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit schwerer Unfälle bestehen kann oder diese Unfälle folgenschwerer sein können.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die zuständige Behörde ***alle Informationen über andere Gelände und Flächen, einschließlich näherer Angaben zu benachbarten Betrieben sammelt und den Betreibern zur Verfügung stellt, auch wenn sie nicht in den Anwendungsbereich der bestehenden Richtlinie fallen***, bei ***denen*** aufgrund ihres Standorts und ihrer Nähe sowie ihrer Verzeichnisse gefährlicher Stoffe eine erhöhte Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit schwerer Unfälle bestehen kann oder diese Unfälle folgenschwerer sein können.

Or. it

*Begründung*

*Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass der Betreiber gemäß seiner Informationspflicht nach Artikel 6 nähere Angaben zu benachbarten Betrieben macht. Die Betreiber haben jedoch keine Befugnis, diese Informationen anzufordern oder in Erfahrung zu bringen, die zudem vertraulich oder sensibel in industrieller oder kommerzieller Hinsicht sein können. Daher ist es nach unserer Ansicht Aufgabe der zuständigen Behörden, Informationen über benachbarte Betriebe zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.*



**Änderungsantrag 151**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die zuständige Behörde unter Verwendung der von dem Betreiber gemäß *den Artikeln 6 und 9 übermittelten* oder durch Inspektionen gemäß Artikel 19 erlangten Angaben festlegt, bei welchen Betrieben der unteren und der oberen Klasse oder Gruppen von Betrieben aufgrund ihres Standorts und ihrer Nähe sowie ihrer Verzeichnisse gefährlicher Stoffe eine erhöhte Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit schwerer Unfälle bestehen kann oder diese Unfälle folgenschwerer sein können.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die zuständige Behörde unter Verwendung der vom Betreiber gemäß **Artikel 6, Artikel 8 Absatz 1a und Artikel 9** übermittelten oder durch Inspektionen gemäß Artikel 19 erlangten Angaben festlegt, bei welchen Betrieben der unteren und der oberen Klasse oder Gruppen von Betrieben aufgrund ihres Standorts und ihrer Nähe sowie ihrer Verzeichnisse gefährlicher Stoffe **oder der Nähe anderer Gelände** eine erhöhte Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit schwerer Unfälle bestehen kann oder diese Unfälle folgenschwerer sein können.

Or. en

*Begründung*

*In Artikel 8 Absatz 1 muss auf die Informationen verwiesen werden, die die Mitgliedstaaten durch den vom Berichterstatter in Änderungsantrag 21 vorgeschlagenen Artikel 8 Absatz 1a erhalten. In Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe g wird im Zusammenhang mit Domino-Effekten eindeutig auch auf nicht unter die Seveso-Richtlinie fallende Gelände Bezug genommen, in Artikel 8 fehlt jedoch ein entsprechender Verweis auf solche Gelände.*

**Änderungsantrag 152**  
**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) *bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der benachbarten Betriebe, auf die diese Richtlinie keine Anwendung findet, sowie bei der Übermittlung von Angaben an die*

*Geänderter Text*

b) *der für die Erstellung externer Notfallpläne zuständigen Behörde Informationen liefern, damit die Öffentlichkeit und die benachbarten Betriebe, auf die diese Richtlinie keine*

*zuständige Behörde im Hinblick auf die Erstellung der externen Notfallpläne zusammenarbeiten.*

Anwendung findet, *unterrichtet werden.*

Or. it

**Änderungsantrag 153**  
**Paolo Bartolozzi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der benachbarten Betriebe, auf die diese Richtlinie keine Anwendung findet, sowie bei der Übermittlung von Angaben an die zuständige Behörde im Hinblick auf die Erstellung der externen Notfallpläne zusammenarbeiten.

*Geänderter Text*

b) **der zuständigen Behörde Informationen liefern, um damit die Zusammenarbeit mit** der Öffentlichkeit und **den** benachbarten Betriebe **sowie** die Erstellung der externen Notfallpläne **zu erleichtern.**

Or. it

**Änderungsantrag 154**  
**Daciana Octavia Sârbu, Rovana Plumb**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

2a. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde bei der Erstellung externer Notfallpläne dem Domino-Effekt Rechnung trägt.

*Geänderter Text*

2a. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde bei der Erstellung externer Notfallpläne dem Domino-Effekt Rechnung trägt.

Or. en

**Änderungsantrag 155**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) dargelegt wird, dass die Gefahren schwerer Unfälle und **mögliche** Unfallszenarien ermittelt und **alle** erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung derartiger Unfälle und zur Begrenzung der Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergriffen wurden;

*Geänderter Text*

b) dargelegt wird, dass die Gefahren schwerer Unfälle und **alle** Unfallszenarien ermittelt und **die** erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung derartiger Unfälle und zur Begrenzung der Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergriffen wurden;

Or. en

*Begründung*

*Es sollte klargestellt werden, dass die Betreiber alle entsprechenden Unfallszenarien ermitteln müssen, nicht nur einige.*

**Änderungsantrag 156  
Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) dargelegt wird, dass interne Notfallpläne vorliegen, und die Angaben zur Erstellung des externen Notfallplans erbracht werden;

*Geänderter Text*

d) dargelegt wird, dass **in enger Konsultation der Arbeitnehmer erstellte** interne Notfallpläne vorliegen, und die Angaben zur Erstellung des externen Notfallplans erbracht werden;

Or. en

**Änderungsantrag 157  
Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) dargelegt wird, dass interne Notfallpläne

*Geänderter Text*

d) dargelegt wird, dass **in enger**

vorliegen, und die Angaben zur Erstellung des externen Notfallplans erbracht werden;

***Konsultation der Arbeitnehmer erstellte*** interne Notfallpläne vorliegen, und die Angaben zur Erstellung des externen Notfallplans erbracht werden;

Or. en

*Begründung*

*Da die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitnehmer von einem schweren Unfall unmittelbar betroffen sind, sehr hoch ist und sie bei einem Notfall möglicherweise sogar eine zentrale Rolle spielen, müssen interne Notfallpläne in enger Konsultation der Arbeitnehmer erstellt werden.*

**Änderungsantrag 158**  
**Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme;

*Geänderter Text*

a) bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme ***und spätestens zum Zeitpunkt der Beantragung einer Betriebsgenehmigung gemäß Artikel 12 der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen;***

Or. en

**Änderungsantrag 159**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 5 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Der Betreiber überprüft und aktualisiert den Sicherheitsbericht erforderlichenfalls im Anschluss an einen schweren Unfall.***

*Begründung*

*Natürlich wird ein Unfall eine Überprüfung der Genehmigung nach sich ziehen, doch muss in jedem Fall der Sicherheitsbericht überprüft werden, weil das darin vorgesehene Risikomanagement den Zielen der Prävention nicht gerecht geworden ist.*

**Änderungsantrag 160  
Holger Krahmer**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 5 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Der Betreiber übermittelt den aktualisierten Bericht unverzüglich der zuständigen Behörde.***

***entfällt***

*Begründung*

*Sowohl für die Betreiber als auch für die zuständigen Behörden ist dieses Erfordernis unverhältnismäßig und bringt keinen Sicherheitsgewinn.*

**Änderungsantrag 161**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 5 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Der Betreiber übermittelt den aktualisierten Bericht unverzüglich der zuständigen Behörde.

Der Betreiber übermittelt den aktualisierten Bericht unverzüglich der zuständigen Behörde ***und macht ihn gemäß Artikel 13 unverzüglich der Öffentlichkeit zugänglich.***

*Begründung*

*Da es sich beim Sicherheitsbericht um ein zentrales Dokument handelt, das unmittelbar die äußere und die innere Sicherheit der Bürger berührt, sollten Änderungen seines Inhalts unverzüglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.*

**Änderungsantrag 162**  
**Andres Perello Rodriguez**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 6 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) Sie teilt dem Betreiber die Ergebnisse ihrer Prüfung des Sicherheitsberichts mit;

*Geänderter Text*

a) Sie teilt dem Betreiber die Ergebnisse ihrer Prüfung des Sicherheitsberichts mit, **gegebenenfalls nach Anforderung zusätzlicher Informationen;**

Or. en

**Änderungsantrag 163**  
**Edite Estrela**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

**7. Die Mitgliedstaaten können von Betrieben der unteren Klasse verlangen, dass sie das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems entsprechend den Gefahren schwerer Unfälle und der Komplexität der Organisation oder Tätigkeiten des Betriebs umsetzen.**

*Geänderter Text*

**entfällt**

Or. en

*Begründung*

*Um die Lesbarkeit zu verbessern, sollten die Bestimmungen betreffend die Umsetzung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle in Artikel 7 verschoben werden.*

**Änderungsantrag 164**  
**Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

7. Die Mitgliedstaaten **können** von Betrieben der unteren Klasse **verlangen**, dass sie das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems entsprechend den Gefahren schwerer Unfälle und der Komplexität der Organisation oder Tätigkeiten des Betriebs umsetzen.

*Geänderter Text*

7. Die Mitgliedstaaten **verlangen** von Betrieben der unteren Klasse, dass sie das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle mittels eines Sicherheitsmanagementsystems entsprechend den Gefahren schwerer Unfälle und der Komplexität der Organisation oder der Tätigkeiten des Betriebs umsetzen.

Or. en

**Änderungsantrag 165**  
**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 10 – –Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Bei einer Änderung einer Anlage, eines Betriebs, eines Lagers, eines Verfahrens oder der Art und der Mengen der gefährlichen Stoffe, aus der sich **erhebliche** Auswirkungen auf die Gefahren im Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben könnten, sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass der Betreiber

*Geänderter Text*

Bei einer Änderung einer Anlage, eines Betriebs, eines Lagers, eines Verfahrens oder der Art und der Mengen der gefährlichen Stoffe, aus der sich **schwerwiegende** Auswirkungen auf die Gefahren im Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben könnten, sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass der Betreiber

Or. it

*Begründung*

*Aus Gründen der Klarheit wird der Wortlaut an den in Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe b angeglichen.*

**Änderungsantrag 166**  
**Andres Perello Rodriguez**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) der Betreiber den zuständigen Behörden die für die Erstellung externer Notfallpläne erforderlichen Informationen übermittelt;

*Geänderter Text*

b) der Betreiber den zuständigen Behörden die für die Erstellung externer Notfallpläne erforderlichen Informationen übermittelt, ***einschließlich des von der zuständigen Behörde akzeptierten Sicherheitsberichts***;

Or. en

*Begründung*

*Die zuständige Behörde benötigt die im Sicherheitsbericht enthaltenen Angaben in Bezug auf die Ermittlung und Bewertung von Risiken als Ausgangsbasis, um den externen Notfallplan erstellen zu können.*

**Änderungsantrag 167**  
**Gaston Franco, Sophie Auconie**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) die zu diesem Zweck vom Mitgliedstaat benannten Behörden innerhalb ***eines Jahres*** nach Erhalt der Informationen von dem Betreiber gemäß Buchstabe b einen externen Notfallplan für Maßnahmen außerhalb des Betriebs erstellen.

*Geänderter Text*

c) die zu diesem Zweck vom Mitgliedstaat benannten Behörden innerhalb ***von zwei Jahren*** nach Erhalt der Informationen von dem Betreiber gemäß Buchstabe b einen externen Notfallplan für Maßnahmen außerhalb des Betriebs erstellen.

Or. fr

*Begründung*

*Eine einjährige Frist ist nicht praktikabel, wenn man sich das Wesen der auszuführenden Arbeit und den für das Verfahren erforderlichen Zeitraum (zwei Monate für die Konsultierung der Öffentlichkeit, Benachrichtigung, Bewilligung...) vor Augen hält. Allein für die Verwaltungs- und Konsultierungsverfahren benötigt man mehr als sechs Monate Zeit.*



**Änderungsantrag 168**  
**Holger Krahmer**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) die zu diesem Zweck vom Mitgliedstaat benannten Behörden **innerhalb eines Jahres nach Erhalt der Informationen von dem Betreiber gemäß Buchstabe b** einen externen Notfallplan für Maßnahmen außerhalb des Betriebs erstellen.

*Geänderter Text*

c) die zu diesem Zweck vom Mitgliedstaat benannten Behörden einen externen Notfallplan für Maßnahmen außerhalb des Betriebs erstellen.

Or. de

*Begründung*

*Im Hinblick auf die zum Teil komplexe Ausgangssituation, die neben Ortsbesichtigungen auch umfangreiche Abstimmungen zwischen den betroffenen Behörde und dem Betreiber erfordern, kann die geplante „Ein-Jahres-Frist“ von den Behörden, die den externen Notfallplan erstellen müssen, nicht eingehalten werden.*

**Änderungsantrag 169**  
**Richard Seeber**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) bei bestehenden Betrieben innerhalb **eines Jahres** ab dem in Artikel 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 genannten Zeitpunkt, es sei denn, der zu diesem Zeitpunkt gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts erstellte interne Notfallplan und die darin enthaltenen Angaben entsprechen diesem Artikel und bleiben unverändert;

*Geänderter Text*

b) bei bestehenden Betrieben innerhalb **von 18 Monaten** ab dem in Artikel 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 genannten Zeitpunkt, es sei denn, der zu diesem Zeitpunkt gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts erstellte interne Notfallplan und die darin enthaltenen Angaben entsprechen diesem Artikel und bleiben unverändert;

Or. en

*Begründung*

*Wenn die Klassifizierung eines gefährlichen Stoffes geändert wird, sollte den Betreibern ausreichend Zeit eingeräumt werden, ihren Notfallplan zu erstellen oder zu überarbeiten.*

**Änderungsantrag 170**  
**Richard Seeber**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) bei nachfolgenden Betrieben innerhalb **eines Jahres** nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

*Geänderter Text*

c) bei nachfolgenden Betrieben innerhalb **von 18 Monaten** nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

Or. en

*Begründung*

*Wenn die Klassifizierung eines gefährlichen Stoffes geändert wird, sollte den Betreibern ausreichend Zeit eingeräumt werden, ihren Notfallplan zu erstellen oder zu überarbeiten.*

**Änderungsantrag 171**  
**Gaston Franco, Sophie Auconie**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die internen und externen Notfallpläne jeweils in angemessenen Abständen von höchstens drei Jahren **durch die Betreiber und die bezeichneten Behörden** überprüft, erprobt und **erforderlichenfalls überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht** werden. **Bei dieser Überprüfung werden Veränderungen in den betreffenden Betrieben und den betreffenden Notdiensten, neue technische Erkenntnisse und Erkenntnisse darüber, wie bei schweren Unfällen zu handeln ist, berücksichtigt.**

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die internen und externen Notfallpläne jeweils in angemessenen Abständen von höchstens drei Jahren überprüft, erprobt werden. **Erforderlichenfalls werden diese Pläne durch die Betreiber und die bezeichneten Behörden überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht**

Or. fr

*Begründung*

*Der vorliegende Wortlaut erweckt den Anschein, dass die Überarbeitung und Aktualisierung alle drei Jahre zu geschehen hat, wohingegen die Entscheidung darüber vom Ergebnis der Überprüfung und von den während des Betriebs gewonnenen Erfahrungen abhängt.*

**Änderungsantrag 172**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass in ihren Politiken der Flächenausweisung oder Flächennutzung oder anderen einschlägigen Politiken das Ziel, schwere Unfälle zu verhüten und ihre Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begrenzen, **Berücksichtigung findet**. Dazu überwachen sie

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass in ihren Politiken der Flächenausweisung oder Flächennutzung oder anderen einschlägigen Politiken das Ziel, schwere Unfälle zu verhüten und ihre Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begrenzen, **umgesetzt wird**. Dazu überwachen sie

Or. en

*Begründung*

*Die Flächennutzungsplanung ist von zentraler Bedeutung, um schweren Unfällen vorzubeugen. Die Notwendigkeit, schwere Unfälle zu verhüten, sollte von den Mitgliedstaaten daher nicht nur berücksichtigt werden, sondern bei Strategien zur Flächenausweisung oder Flächennutzung oder sonstigen einschlägigen Strategien richtig umgesetzt werden.*

**Änderungsantrag 173**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) neue Bauprojekte in der Nachbarschaft bestehender Betriebe, einschließlich Verkehrswegen, Örtlichkeiten mit Publikumsverkehr und Wohngebieten, wenn diese Ansiedlungen oder

*Geänderter Text*

c) neue Bauprojekte in der Nachbarschaft bestehender Betriebe, einschließlich Verkehrswegen, Örtlichkeiten mit Publikumsverkehr und Wohngebieten, wenn diese Ansiedlungen oder

Maßnahmen das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern können.

Maßnahmen ***Ursache von schweren Unfällen sein oder*** das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern können.

Or. en

*Begründung*

*Auch nicht unter die Seveso-Richtlinie fallende Gelände können Ursache eines schweren Unfalls sein.*

**Änderungsantrag 174**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass in ihrer Politik der Flächenausweisung oder Flächennutzung oder anderen einschlägigen Politiken sowie den Verfahren für die Durchführung dieser Politiken ***langfristig dem Erfordernis Rechnung getragen*** wird,

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten sorgen ***spätestens zum 1. Juni 2018*** dafür, dass in ihrer Politik der Flächenausweisung oder Flächennutzung oder anderen einschlägigen Politiken sowie den Verfahren für die Durchführung dieser Politiken ***erreicht*** wird,

Or. en

*Begründung*

*Angemessene Sicherheitsabstände etwa zu Wohngebieten, der Schutz besonders empfindlicher Gebiete oder technische Maßnahmen zur Einschränkung des Risikos können nicht bloß etwas sein, was irgendwann in ferner Zukunft berücksichtigt wird. Dies sind Schlüsselziele, für die eine eindeutige Frist festgesetzt werden muss. Die Mitgliedstaaten sollten entweder die erforderlichen Abstände schaffen oder, wenn das nicht möglich ist, dafür sorgen, dass die Betreiber ihre Tätigkeiten herunterfahren oder die technischen Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um Sicherheit zu gewährleisten.*

**Änderungsantrag 175**  
**Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) dass zwischen den unter diese Richtlinie fallenden Betrieben einerseits und Wohngebieten, öffentlich genutzten Gebäuden und Gebieten, Hauptverkehrswegen und Erholungsgebieten soweit möglich ein angemessener Abstand gewahrt bleibt;

*Geänderter Text*

a) dass **gegebenenfalls** zwischen den unter diese Richtlinie fallenden Betrieben einerseits und Wohngebieten, öffentlich genutzten Gebäuden und Gebieten, Hauptverkehrswegen und Erholungsgebieten soweit möglich ein angemessener Abstand gewahrt bleibt;

Or. it

*Begründung*

*Die Hinweise auf „angemessene Sicherheitsabstände“ und auf „zusätzliche technische Maßnahmen“ sind doppeldeutig und könnten daher übermäßige Verpflichtungen für die Betreiber zur Folge haben. Deshalb wird vorgeschlagen, in beiden Fällen „gegebenenfalls“ hinzuzufügen.*

**Änderungsantrag 176**  
**Holger Krahrmer**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) dass **unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle bzw. besonders empfindliche Gebiete in der Nachbarschaft von** unter diese Richtlinie fallenden Betrieben **durch** angemessene Sicherheitsabstände **oder erforderlichenfalls durch andere angemessene Maßnahmen geschützt werden;**

*Geänderter Text*

b) dass **zwischen** unter diese Richtlinie fallenden Betrieben **und Gebieten, die unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoll bzw. besonders empfindlich sind,** angemessene Sicherheitsabstände **gewahrt bleiben;**

Or. en

*Begründung*

*Unter Buchstabe c wird bereits ausgeführt, dass es zu keiner Zunahme der Gefährdung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt kommen darf. Dieses Erfordernis auf*

*„angemessene Sicherheitsabstände“ auszudehnen, ohne bestehenden Sicherheitsabständen Rechnung zu tragen (durch die Formulierung „gewahrt bleiben“), ist in Bezug auf sicherheitstechnische Aspekte nicht nötig und würde eine deutliche Verschärfung der Vorschriften bedeuten.*

**Änderungsantrag 177**  
**Cristina Gutiérrez-Cortines**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Die Kommission wird mit dem Ziel, die Gesundheit der Menschen zu gewährleisten, bis zum 31. Dezember 2012 vorgeschriebene Mindestabstände zwischen den Einrichtungen, die Gegenstand der bestehenden Richtlinie sind, sowie zwischen den in Anlage 1 aufgeführten Zonen einführen. Die Kommission wird aufgefordert, die 2006 veröffentlichten Leitlinien über die Kompatibilität der Einrichtungen, die Gegenstand der Richtlinie 96/82/EG sind, sowie der in Anlage 1 aufgeführten Zonen ebenfalls zu überarbeiten, um sie an die technische Entwicklung und an die neuen geltenden Rechtsvorschriften der Europäischen Union anzupassen.***

Or. es

*Begründung*

*Es ist notwendig, klare und unmissverständliche Kriterien einzuführen, damit Unfälle vermieden werden, die Wohngebiete, öffentliche Räume und Erholungsgebiete schädigen könnten.*

**Änderungsantrag 178**  
**Oreste Rossi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die **Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die** Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich **sind**, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen **werden mindestens einmal im Jahr überprüft und wo nötig aktualisiert.**

*Geänderter Text*

1. Die Angaben gemäß Anhang V **werden alle drei Jahre überprüft und erforderlichenfalls — zumindest bei Änderungen im Sinne von Artikel 10 — erneuert und aktualisiert. Sie werden** der Öffentlichkeit ständig zugänglich **gemacht**, einschließlich in elektronischer Form. Die **Zeit zwischen der Erneuerung der der Unterrichtung der Öffentlichkeit zugrundeliegenden** Informationen **darf in keinem Fall fünf Jahre überschreiten.**

Or. it

*Begründung*

*(siehe Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 96/82/EG („Seveso-II-Richtlinie“))*

**Änderungsantrag 179**  
**Paolo Bartolozzi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. **Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die** Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich **sind**, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen **werden mindestens einmal im Jahr überprüft und wo nötig aktualisiert.**

*Geänderter Text*

1. **Diese** Angaben **werden alle drei Jahre überprüft und erforderlichenfalls — zumindest bei Änderungen im Sinne von Artikel 10 — erneuert und aktualisiert. Sie werden** der Öffentlichkeit ständig zugänglich **gemacht**. Die **Zeit zwischen der Erneuerung der der Unterrichtung der Öffentlichkeit zugrundeliegenden** Informationen **darf in keinem Fall fünf Jahre überschreiten. Die Informationen enthalten zumindest die in Anhang V bezeichneten Angaben.**

Or. it

**Änderungsantrag 180**  
**Miroslav Ouzký**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten **stellen sicher, dass** die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit **ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form**. Die Informationen werden mindestens **einmal im Jahr** überprüft und wo nötig aktualisiert.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten **verwalten** die Angaben gemäß Anhang V **im Hinblick auf ihre aktive und systematische Verbreitung in** der Öffentlichkeit. Die Informationen werden mindestens **alle drei Jahre** überprüft und wo nötig aktualisiert.

Or. en

*Begründung*

*Die Aarhus-Bestimmungen und die Transparenzverordnung zielen auf die aktive Verbreitung von Informationen ab, fordern jedoch nicht, dass die Informationen permanent verfügbar sein müssen. Die jährliche Überprüfung und Aktualisierung würde für die Betreiber eine zusätzliche Belastung bedeuten – ohne dass die betroffene Öffentlichkeit im Hinblick auf die Sicherheitstechnologie profitiert. Der Änderungsantrag spiegelt die bestehenden Bestimmungen wider und ist an den Zeitraum von 5 Jahren angepasst, der bei Einrichtungen mit Publikumsverkehr für die Aktualisierung eben dieser Informationen vorgeschlagen wird.*

**Änderungsantrag 181**  
**Pavel Poc**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal im Jahr überprüft und wo nötig aktualisiert.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit **ohne Einschränkungen** ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal im Jahr überprüft und wo nötig aktualisiert.

Or. en



**Änderungsantrag 182**  
**Elisabetta Gardini, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal **im Jahr** überprüft und wo nötig aktualisiert.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal **in fünf Jahren** überprüft und wo nötig aktualisiert.

Or. it

*Begründung*

*Sowohl die Aarhus-Konvention über den Zugang zu Informationen in Umweltangelegenheiten als auch die Verordnung 1049/2001 (Transparenz-Verordnung) sehen die aktive Verbreitung von Informationen vor, aber beide gehen nicht so weit, deren ständige Verfügbarkeit zu fordern. Der vorliegende Änderungsantrag steht im Einklang mit den geltenden Bestimmungen, in denen empfohlen wird, dass die Informationen alle fünf Jahre aktualisiert werden.*

**Änderungsantrag 183**  
**Holger Kraemer**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden **mindestens einmal im Jahr** überprüft und wo nötig aktualisiert.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden **alle drei Jahre** überprüft und wo nötig aktualisiert.

Or. en

## Begründung

*Die jährliche Überprüfung und Aktualisierung würde für die Betreiber eine beträchtliche zusätzliche Belastung bedeuten, ohne dass die betroffene Öffentlichkeit im Hinblick auf die Sicherheitstechnologie wirklich profitiert. Dieser Änderungsantrag spiegelt die bestehenden Bestimmungen wider.*

### **Änderungsantrag 184** **Sophie Auconie**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 13 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal **im Jahr** überprüft und wo nötig aktualisiert.

##### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal **in drei Monaten** überprüft und wo nötig aktualisiert.

Or. fr

### **Änderungsantrag 185** **Richard Seeber**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 13 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens **einmal im Jahr** überprüft und wo nötig aktualisiert.

##### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens **alle zwei Jahre** überprüft und wo nötig aktualisiert.

Or. en

## *Begründung*

*Um unnötigen Verwaltungsaufwand für die zuständigen Behörden, aber auch indirekt für die Betreiber zu vermeiden, sollte die Überprüfungshäufigkeit gegenüber Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2 der bestehenden „Seveso“-Richtlinie nicht zu sehr gesenkt werden. Die Kommission hat keine überzeugenden Argumente dafür vorgelegt, die Häufigkeit auf ein Jahr zu erhöhen, so dass zwei Jahre ein guter Kompromiss wäre.*

### **Änderungsantrag 186**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 13 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal im Jahr überprüft und wo nötig aktualisiert.

##### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, einschließlich in elektronischer Form. Die Informationen werden mindestens einmal im Jahr überprüft und wo nötig aktualisiert.  
***Auf Ersuchen einer natürlichen oder juristischen Person stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass ausführlichere und zusätzliche Angaben, die über die in Anhang V genannten hinausgehen, gemäß Artikel 21 dieser Richtlinie dieser Person zur Verfügung gestellt werden.***

Or. en

## *Begründung*

*Unter Einhaltung der Bestimmungen über die Vertraulichkeit gemäß Artikel 21 sollte auf Antrag einer natürlichen oder juristischen Person der Zugang zu zusätzlichen Dokumenten, die nicht in Anhang V genannt sind, etwa zu den kompletten Inspektionsberichten gemäß Artikel 19, möglich sein.*

### **Änderungsantrag 187**

**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 13 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Bei Betrieben **der oberen Klasse** stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Bei **allen** Betrieben stellen die Mitgliedstaaten **mindestens** sicher, dass

Or. en

*Begründung*

*Die Angaben gemäß Artikel 13 Absatz 2 sind für die Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung. Es gibt keinen Grund, der rechtfertigt, weshalb bei solchen Angaben zwischen Betrieben der oberen und Betrieben der unteren Klasse unterschieden werden sollte.*

**Änderungsantrag 188**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 13 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Bei Betrieben **der oberen Klasse** stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Bei **allen** Betrieben stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Or. en

*Begründung*

*Die Angaben gemäß Artikel 13 sind für die Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung, und daher sollten alle Betriebe gehalten sein, solche Angaben bereitzustellen.*

**Änderungsantrag 189**

**Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 13 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Bei Betrieben **der oberen Klasse** stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Bei **allen** Betrieben stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Or. en

**Änderungsantrag 190**  
**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Bei Betrieben der oberen Klasse stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

*Geänderter Text*

Bei Betrieben der oberen **und der unteren** Klasse stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Or. en

*Begründung*

*Die Angaben für die Öffentlichkeit sollten auch bei Betrieben der unteren Klasse das Verzeichnis gefährlicher Stoffe, sofern verfügbar, umfassen.*

**Änderungsantrag 191**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) der Sicherheitsbericht der Öffentlichkeit vorbehaltlich Artikel 21 Absatz 3 auf Anfrage zugänglich gemacht wird; **bei Anwendung von Artikel 21 Absatz 3 wird ein geänderter Bericht in Form einer nichttechnischen Zusammenfassung zugänglich gemacht, die zumindest allgemeine Informationen über die Gefahren schwerer Unfälle, mögliche Auswirkungen und das richtige Verhalten im Falle eines Unfalls umfasst;**

*Geänderter Text*

b) der Sicherheitsbericht der Öffentlichkeit vorbehaltlich Artikel 21 Absatz 3 auf Anfrage zugänglich gemacht wird;

Or. en

*(Steht in Zusammenhang mit dem von denselben Verfassern eingereichten Änderungsantrag zur Einfügung einer nicht-technischen Zusammenfassung des Sicherheitsberichts in Anhang V Teil 1 (darüber muss gemeinsam abgestimmt werden).)*

*Begründung*

*Laut der Folgenabschätzung der Kommission kann das Schutzniveau bei verhältnismäßig geringen Kosten deutlich erhöht werden, indem nicht-technische Zusammenfassungen des Sicherheitsberichts der Öffentlichkeit online zur Verfügung gestellt werden.*

**Änderungsantrag 192**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 13 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der **betreffenen** Öffentlichkeit **vorbehaltlich Artikel 21 Absatz 3 auf Anfrage** zugänglich gemacht wird;

*Geänderter Text*

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird;

Or. en

*Begründung*

*Da die in Artikel 13 genannten Informationen für die Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung sind, sollte das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe aktiv in der Öffentlichkeit verbreitet werden.*

**Änderungsantrag 193**

**Sabine Wils**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 13 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der **betreffenen** Öffentlichkeit **vorbehaltlich Artikel 21 Absatz 3 auf Anfrage** zugänglich gemacht wird;

*Geänderter Text*

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der Öffentlichkeit **in einem eigenen Teil des in der CLP-Verordnung vorgesehenen Verzeichnisses** zugänglich gemacht wird;

Or. en

*Begründung*

*Die Informationen sollten für die Öffentlichkeit zugänglich sein und keinen Einschränkungen*

*unterliegen: Gemäß der REACH-Verordnung und der CLP-Verordnung sollten die Verzeichnisse in jedem Fall über die Datenbank der ECHA verfügbar sein.*

**Änderungsantrag 194**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der **betroffenen** Öffentlichkeit **vorbehaltlich Artikel 21 Absatz 3 auf Anfrage** zugänglich gemacht wird;

*Geänderter Text*

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird;

Or. en

*Begründung*

*Das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe sollte online zugänglich gemacht werden.*

**Änderungsantrag 195**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die gemäß Buchstabe a bereitzustellenden Informationen umfassen mindestens die Angaben gemäß Anhang V. Diese Informationen werden ebenfalls an alle Einrichtungen mit Publikumsverkehr, einschließlich Schulen und Krankenhäuser, und alle benachbarten Betriebe gemäß Artikel 8 geliefert. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Informationen geliefert und regelmäßig überprüft sowie mindestens **alle fünf Jahre** aktualisiert werden.

*Geänderter Text*

Die gemäß Buchstabe a bereitzustellenden Informationen umfassen mindestens die Angaben gemäß Anhang V. Diese Informationen werden ebenfalls an alle Einrichtungen mit Publikumsverkehr, einschließlich Schulen und Krankenhäuser, und alle benachbarten Betriebe **oder Gelände** gemäß Artikel 8 geliefert. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Informationen geliefert und regelmäßig überprüft sowie mindestens **jedes Jahr** aktualisiert werden.

Or. en

*Begründung*

*Aktualisierungen sollten jährlich vorgenommen werden, nicht nur alle fünf Jahre, da andernfalls die Gefahr besteht, dass die Informationen völlig veraltet sind.*

**Änderungsantrag 196**  
**Carl Schlyter, Michèle Rivasi**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Anträge auf Zugang zu Informationen werden gemäß den Artikeln 3 und 5 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates behandelt.** **entfällt**

Or. en

*Begründung*

*Da laut dem Vorschlag der Kommission die in Absatz 2 Buchstabe a genannten Angaben ausdrücklich ohne besondere Anfrage mitgeteilt werden sollten, ist es nicht korrekt, in diesem Absatz von „Anträgen auf Zugang“ zu sprechen. Änderungsantrag 17 des Berichtstatters trägt noch weiter zur Verwirrung bei, weil er sich ebenfalls auf Absatz 1 bezieht, der ständig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Dieser Absatz ist überhaupt nicht erforderlich, weil die entsprechenden Bestimmungen zur Vertraulichkeit durch Artikel 21 abgedeckt sind.*

**Änderungsantrag 197**  
**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Anträge auf Zugang zu Informationen werden gemäß den Artikeln 3 und 5 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des

3. Die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Anträge auf Zugang zu Informationen werden gemäß den Artikeln 3, 4 und 5 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments



Rates behandelt.

und des Rates behandelt.

Or. it

**Änderungsantrag 198**  
**Miroslav Ouzký**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Anträge auf Zugang zu Informationen werden gemäß den Artikeln 3 **und** 5 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates behandelt.

*Geänderter Text*

3. Die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Anträge auf Zugang zu Informationen werden gemäß den Artikeln 3 **bis** 5 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates behandelt.

Or. en

*Begründung*

*Artikel 4 der Richtlinie 2003/4 enthält Ausnahmen zu dem Recht, Umweltinformationen zu erhalten, und ist von zentraler Bedeutung, weil er die Grenzen dieses Rechts aufzeigt. Die Ausnahmen zu einem Recht nicht zu nennen, erweckt den Eindruck, das Recht sei unbeschränkt, was nicht der Fall ist, weil ein Gleichgewicht zwischen dem Zugang zu Informationen und Vertraulichkeit oder beispielsweise Datenschutz gefunden werden muss.*

**Änderungsantrag 199**

**Antonyia Parvanova, Vladko Todorov Panayotov, Corinne Lepage, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 13 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Hat der betreffende Mitgliedstaat in einer Entscheidung festgestellt, dass von einem nahe am Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats gelegenen Betrieb außerhalb des Betriebsgeländes keine Gefahr eines schweren Unfalls im Sinne von Artikel 11 Absatz 6 ausgehen kann und folglich die Erstellung eines externen

*Geänderter Text*

5. Hat der betreffende Mitgliedstaat in einer Entscheidung festgestellt, dass von einem nahe am Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats gelegenen Betrieb außerhalb des Betriebsgeländes keine Gefahr eines schweren Unfalls im Sinne von Artikel 11 Absatz 6 ausgehen kann und folglich die Erstellung eines externen

Notfallplans im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 nicht erforderlich ist, so setzt er den anderen Mitgliedstaat **davon** in Kenntnis.

Notfallplans im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 nicht erforderlich ist, so setzt er den anderen Mitgliedstaat **von dieser Entscheidung sowie von den Gründen, die ihn zu dieser Entscheidung geführt haben**, in Kenntnis.

Or. en

**Änderungsantrag 200**  
**Elisabetta Gardini, Oreste Rossi, Sergio Berlato**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 14 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Öffentliche Konsultationen **und**  
**Öffentlichkeitsbeteiligung am**  
**Entscheidungsverfahren**

Öffentliche Konsultationen

Or. it